

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 8 gespaltene Petitzeile 40 Pf. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Werdet stark!

Büchlein springt vom Berge nieder,
Hastig in die Welt hinein,
Lockt zur Reife seine Brüder,
Stark und mächtig will es sein.

Woll auf Welle soll sich türmen,
Brausen soll die junge Flut,
Rechts und Links die Mäher stürmen
Müht es schon im Uebermut.

Doch da tritt des Müllers Sinn
Hemmend in des Büchleins Lauf;
Seine Kräfte zu gewinnen,
Zieht er eine Schleppe auf.

Büchlein muß nun stehen bleiben,
Macht ihm auch das Warten Pein,
Bald wird es ein Mühlrad treiben
Und sein Lauf gesegnet sein.

So auch ihr, der Arbeit Brüder —
Sammelt Kraft mit klugem Sinn;
Hält euch auch ein Hemmnis nieder,
„Werdet stark,“ so winkt Gewinn!

A. Bernard.

Soziale Umwälzungen.

Obwohl nun seit Jahren über die sogenannte soziale Frage geschrieben und debattiert wird, obwohl ein bloßfreier Blick in die tatsächlichen Verhältnisse und Zustände der Gegenwart die Dringlichkeit derselben sowie die Notwendigkeit von Reformmitteln darthut, gibt es immer noch zahlreiche Kreise, welche sich mit den neuen sozialen Aufgaben nicht befassen können. Sie stehen noch zaudernd abseits. Der eine meint, mit werltätiger Nächstenliebe und mit den Mitteln der Caritas die heutigen sozialen Schäden lindern zu können. Der andere erwartet die Haupthilfe vom Staate und steht selbst verzagt da, statt auch die Mittel der Selbsthilfe anzuspannen. Ein dritter gar glaubt, die soziale Bewegung sei nur dadurch künstlich in die Welt gesetzt, daß man das Volk verhetzt und zu einer unberechtigten Ungnugend ermuntert habe. Solchen und noch manchen andern Einwänden begegnet man auch heute noch oft genug, so daß es sich wieder einmal verlohnt, auf den Grundcharakter der sozialen Frage der Neuzeit mit einigen Worten einzugehen.

Wie liegen aber die Dinge? Die sogenannte soziale Frage ist längst nicht mehr eine Erscheinung, die bloß Gelehrte in ihren Studierstuben interessiert. Sie beschäftigt auch nicht mehr bloß die gesetzgebenden Körperschaften und die Regierungen und neben ihnen einzelne menschenfreundliche Sozialpolitiker. Ganz im Gegenteil hat sie heute schon viele Millionen Staatsbürger in allen Berufsständen aufgerüttelt und vielfach in fieberhafte Erregung versetzt. Die soziale Frage ist ein Garhof geworden, der in weiten Kreisen der Bevölkerung republikanische Bestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und religiösem Gebiete auslöst und ein tödliches Krankheitsstoff für die heutige Gesellschaft zu werden droht. Auch in früheren Zeiten hat es gewaltige Ausbrüche der Volkslebenstiden, Revolutionen, gegeben. Es gelang meistens, sie bald niederzu schlagen.

Die heutige Bewegung hat tiefe Wurzeln. Denn unser ganzes heutiges Wirtschaftsleben steht mitten in einer tiefgreifenden Umwälzung. Jahrhunderte alte Zustände und Verhältnisse lösen sich nach einem innern Gesetze auf und streben nach einer Neuordnung unter neuen Gesetzen und mit bis dahin unbekanntem wirtschaftlichen Triebkräften. Auf dem Boden des Handels und des Kleinhandels und neben demselben wächst

der Großbetrieb auf. Im Zeitalter eines fieberhaften Verkehrs, der keine Schranken kennt, sind die Menschen durcheinandergeschüttelt; so ist die Konkurrenz, der schrankenlose Wettbewerb, in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe über den Erdball hin entfesselt. Infolgedessen ist auch die Vorherrschaft der Landbevölkerung, die noch vor einem halben Jahrhundert in Deutschland unbesritten war, gebrochen zugunsten der Städte, die bald Zweidrittel unseres Volkes in ihren Mauern bergen.

Diese gewaltige Entfaltung von Industrie und Handel, die unserm Zeitalter das Gepräge gibt, hat den Reichtum in unserm Vaterlande ungeahnt vermehrt. Eine Hebung und Besserung der Lage der weiten Kreise des Volkes ist dadurch ermöglicht und deshalb zum erstenmal wertvolle Ziele geworden. Daher das naturgewaltige Aufwärtsdrängen aller Berufsstände nach einer Erhöhung der Lebenshaltung in Wohnung, Kleidung, Nahrung, Teilnahme an den geistigen Gütern. Dies Aufwärtsdrängen zeigt sich am schärfsten bei den besitzlosen arbeitenden Klassen, die der Industrie am nächsten stehen und glauben, am ehesten eine Erhöhung ihrer Lebenslage verlangen zu dürfen und durchsetzen zu können. Aufwärts streben aber auch die Angehörigen des sogenannten Mittelstandes in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Kleinhandel, unter den Angestellten und Beamten. Und zwar der Mittelstand um so lebhafter, als er nicht ohne Grund beunruhigt ist durch die Beschränkung, daß Handwerk und Kleinhandel durch den Großbetrieb in Industrie und Handel zusehends zurückgedrängt werden, während doch auch er ein Anrecht auf Vorwärtkommen hat.

Verstärkt wird diese soziale Bewegung unserer Tage überdies noch dadurch, daß die aufwärts strebenden Klassen die höhere Anteilnahme an den Kulturgütern nicht in der Weise erheischen, daß ihnen die führenden, besitzenden Klassen bloß aus Wohlwollen gleichsam von oben herab einige der gewünschten Gaben reichen. Das, wonach Mittelstand und Arbeiterklasse streben, wünschen sie als ihr gutes Recht zugestanden und gesichert und zwar auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung. „Was für das Volk geschieht, soll auch durch das Volk, unter seiner Mitwirkung geschehen,“ lautet der neue Grundsatz. Mit vollem Recht berufen sie sich darauf, es sei das nicht mehr wie angemessen in einer Zeit, da allen Kreisen des Volkes durch die Volksschule, die Presse eine allgemeine Bildung vermittelt werde; da das ganze Volk an den politischen Rechten teilnehme und durch die Wahlen auf die Gesetzgebung einwirke. Auch auf die Geschichte beruft man sich. Einst im 13. und 14. Jahrhundert sei das Aufblühen des Gewerbetreibens in den Städten ermöglicht gewesen infolge Erringung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung durch die Handwerker und Kaufleute.

Die im Gefolge der Revolution am Ausgange des 18. Jahrhunderts erlängten modernen bürgerlichen Freiheiten hätten erst dem dritten Stande, dem Bürgertum, Luft und Licht gegeben, in deren Freiheit Industrie und Handel, Wissenchaften und Künste sich entfalten konnten. So sei auch heute ein weiterer Fortschritt in der Zuteilung von sozialen, politischen und gesellschaftlichen Rechten, vor allem an die arbeitenden Stände unumgänglich geboten, sollen alle Kräfte des Volkes zu jener Selbstbetätigung und jener Verantwortlichkeit gespannt werden, die auf wirtschaftlichem, staatsbürgerlichem und geistigem Gebiete die höchsten Erfolge sichern. Nach solcher Unabhängigkeitserklärung streben heute insbesondere auch die Arbeiter, nachdem in früheren Zeiten Handwerker, Kaufleute und Landwirte dieselbe sich, zum Wohle der Gesamtheit, errungen haben.

So liegen heute die Dinge. Das sind die bemerkenswertesten Grundzüge im neuen Geichte der modernen sozialen Bewegung. Sie muß man zu verstehen suchen, will man unter Anwendung der richtigen sozialen Hilfsmittel den sozialen Frieden herbeiführen und verhindern, daß wir einem gewaltigen Umsturze entgegengetrieben. Dieses so unentbehrliche Verständnis unserer sozialen Aufgaben wird vermittelt durch soziale Schulung und Bildung.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat September 1908.)

Metall- und Maschinenindustrie.

In der Roheisenerzeugung war die Lage nach wie vor unbefriedigend. Der Verkauf des Roheisens stockt andauernd, die Roheisenvorräte werden immer größer. In vielen Hütten, insbesondere Westdeutschlands, wird einem Bericht zufolge mit einer Betriebseinschränkung von über 50 % gearbeitet. An Arbeitskräften war hier demgemäß ein Ueberangebot vorhanden.

Was die Stahl- und Walzwerke betrifft, so hielt sich nach dem Bericht des Stahlwerkverbandes die Beschäftigung der Verbandswerke in Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formellen im September ungefähr im Rahmen des Vormonats. Gegenüber September 1907 war die Beschäftigung geringer. Aus Elbstadt-Bochringen wird insbesondere berichtet, daß der scharfe Wettbewerb der Werke für nicht syndizierte Erzeugnisse die Verkaufspreise vielfach auf die Selbstkosten z. T. noch darunter gedrückt hat. Hier wurden stellenweise Festerlöshöhen eingelegt; in einzelnen Betrieben erfolgten auch Lohnherabsetzungen von 3—5 %, stellenweise noch ein wenig mehr.

Die Blech- und Walzwerke waren wie im Vormonat unbefriedigend beschäftigt, vielfach mußte die Arbeitszeit verkürzt werden.

Aus dem Nickel- und Eisenwarenhandel wird noch ein bescheidender Geschäftsgang berichtet, jedoch hat die Beschäftigung gegen das Vorjahr in manchen Artikeln etwas nachgelassen und war um etwa 5 % geringer.

Die Lage in den Eisengießereien hat sich gegen die Vormonate kaum geändert. Soweit August in Frage kommt, übte die unbefriedigende Marktaktivität einen ungünstigen Einfluß aus. Hervorgehoben wird in einem Bericht aus dem Königreich Sachsen auch die Konkurrenz, welche die Hochöfenwerke, die sich auf eine zweite Schmelzung eingerichtet haben, verursachen. Fast überall überstieg das Angebot von Arbeitskräften bei weitem die Nachfrage.

Die Drahtindustrie war nach wie vor nicht mehr ausreichend beschäftigt; seitens der Kundschaft wird auch weiterhin nur der dringendste Bedarf geordert. Man sucht den Mangel an Arbeit durch weitere Preisnachlässe abzuwehren. Häufig wurde die Arbeitszeit verkürzt oder wurden Festerlöshöhen eingelegt.

Die Esslinger Stahlwarenfabrikation war im allgemeinen sehr langsam beschäftigt, es trat im Zusammenhang damit ein Ueberangebot von Arbeitskräften in die Erscheinung.

Andauernd schlecht hatte die westfälische Eisenindustrie zu tun; die Werke mußten stellenweise Verkürzungen der Arbeitszeit vornehmen.

Die Nürnberger Blech- und Metallwarenfabrikation hatte im ganzen eine unbedeutende Verbesserung gegen den Vormonat aufzuweisen.

Der Beschäftigungsgrad in der Fabrikation von Schrauben, Muttern usw. war nach dem Bericht aus Breslau immer noch zufriedenstellend. Der Eingang an Aufträgen dagegen war schwächer als im Vormonat und

im Vorjahr. Hier war ein starkes Ueberangebot von Arbeitskräften zu verzeichnen.

Aus der Nabelfabrikation wird für das dritte Vierteljahr 1908 berichtet, daß die Geschäftslage gegen die drei vorhergehenden Monate im wesentlichen gleichungslig geblieben ist, sich zum Teil noch verschlechtert hat. Infolge dieser ungünstigen Verhältnisse herrschte stellenweise ein Ueberangebot von Arbeitskräften; nachwie vor wird jedoch über Mangel an gelübten Glasfayfarbeiterinnen geklagt. Eine Verschlebung der Lohnsätze hat nur im geringeren Umfang stattgefunden; es sahen sich trotz der ungünstigen Geschäftslage mehrere Betriebe genötigt, Lohnerhöhungen einzusetzen zu lassen.

Die Fabrikation in Maschinenbau war der Mehrzahl der Berichte zufolge noch ausreichend, der Eingang an Aufträgen ließ jedoch weiter nach.

Die Dampfkeessfabriken und Armaturwerkstätten waren, soweit Auskunft vorliegt, im allgemeinen zufriedenstellend wie im Vorjahr mit Arbeit besetzt. An vielen Orten zeigte sich ein Ueberangebot von Arbeitern.

Die Betriebe für landwirtschaftliche Maschinen hatten immer noch zu tun.

Für die Werkzeugmaschinenfabriken liegt ein Bericht über den Arbeitsmarkt im 3. Vierteljahr 1908 vor. Darnach war die Beschäftigung nicht gleichmäßig. Während ein Teil, namentlich größere Fabriken, sie als ausreichend bezeichnet, zeigte sich bei einem andern Teil der Werke eine gewisse Verringerung, doch noch keine wesentliche Verschlechterung. Eine größere Anzahl von Werken schildert die Lage dagegen als unzureichend oder geradezu als schlecht. Die Verschlechterung betrifft vorzugsweise Norddeutschland (Berlin, Leipzig und Chemnitz), während am Rhein und in Süddeutschland die Verhältnisse noch besser liegen. Ganz allgemein wird über einen ungenügenden Eingang an neuen Aufträgen geklagt. Ein Teil der Werke arbeitete bereits auf Vorrat. Die Zahl der Arbeiter hat sich bei einer kleinen Anzahl von Fabriken auf der vorjährigen Höhe gehalten, meistens aber verringert, und zwar zum Teil ganz erheblich, bei einzelnen Betrieben fast um die Hälfte. Besonders herrschte Ueberangebot an Arbeitern, das jedoch nicht außergewöhnlich groß war. Im ganzen blieben die Löhne bis jetzt stetig, die Arbeitszeit, von Ausnahmen abgesehen, unverändert.

Die Betriebe, die Maschinen für die Zuckerindustrie herstellen, waren nach den Berichten aus Mitteldeutschland unzufrieden mit Arbeit besetzt, so daß die Arbeitsdauer herabgesetzt werden mußte. Im Zusammenhang mit der ungünstigen Lage der Textilindustrie waren die meisten Baumwollwebstuhlfabriken und die Betriebe, die Maschinen für Wolle und Wäsche liefern, nur mäßig mit Arbeit besetzt. Die Betriebe für Bergwerksmaschinen waren, der Mehrzahl der Berichte zufolge, noch ausreichend mit Arbeit versehen; die Zurückhaltung in der Vergabung größerer Anlagen hielt ununter-

brochen an, selbst wenn die Beschaffung derselben dringend notwendig ist. Die Industrie für Baumaschinen (Krane, Waggen) mußte vielfach wegen Arbeitsmangel die Arbeiterzahl herabsetzen, an Arbeitskräften herrschte demgemäß großes Ueberangebot. Der Eisenkonstruktionsbau war nach dem Bericht aus Bayern wie im Vormonat gut beschäftigt, im Eisenhoch- und Brückenbau trat nach dem Bericht aus Rheinland-Westfalen eine geringe Verschlechterung ein.

Der Lokomotivbau wies im Vergleich zu dem guten Geschäftsgang der Vormonate im allgemeinen keine wesentliche Veränderung auf, stellenweise machte sich jedoch ein Mangel an Mannschaften fühlbar.

Nebstlich kennzeichnet sich die Lage im Eisenbahnenbau. Das Angebot an Arbeitskräften deckte vollständig die Nachfrage. In Oeln-Deuz, Gießh, Breslau, Mühlberg t. Fr. herrschte sogar Ueberangebot von Arbeitern.

Elektrische Industrie.

Die Betriebe für Dynamomaschinen, Elektromotoren, Akkumulatoren usw. wiesen keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vormonat auf, die Lage war jedoch schlechter als im Vorjahr. Die Nachfrage nach Arbeitern konnte gedeckt werden, in Berlin bestand sogar Ueberangebot an Arbeitern.

Die Betriebe, die Kabel- und Isoliermaterialien herstellen, waren im wesentlichen von einem südwestdeutschen Großbetrieb abgesehen, noch gut beschäftigt. Auch hier zeigte sich stellenweise Ueberangebot an Arbeitern.

In der Fabrikation elektrischer Leuchtungsartikel, insbesondere von Rogenlampen, ließ der Beschäftigungsgrad im Vergleich zum Vorjahr stellenweise nach. So berichtet ein mitteldeutscher Großbetrieb, daß der Beschäftigungsgrad in den Monaten Januar bis Ende September 1907 ungefähr 25% besser war, als im gleichen Zeitraum des laufenden Jahres.

Die Telephon- und Telegraphenwerke waren den vorliegenden Berichten zufolge zufriedenstellend mit Arbeit versehen, so daß keine Veränderung gegenüber dem Vormonat und das Vorjahr eintrat. Arbeitskräfte waren ausreichend vorhanden.

Die Beschäftigung in den Fabriken für elektrische und galvanische Kohlen war gut und nicht geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

„Sich Berlin“ auf der Suche nach Kronzeugen.

Für die Gründer der „Berliner“ Fachabteilungen ist es ein unerträglich Gedanke, daß die überwältigende Mehrheit der deutschen Katholiken, vorab alle namhaften Sozialpolitiker und, mit einigen Ausnahmen, die gesamte katholische Presse, auf dem Standpunkte der christlichen Gewerkschaften stehen. Noch kürzlich, am 26. Oktober, hat einer der freiestehenden Fachabteilungsführer, Herr Dr. Rother (Sulzbach-Saar) auf einem Delegiertentage in Mayen ganz zornentbrannt darüber Klage geführt, „daß die katholische Presse so wenig und so selten über uns

(Fachabteilungen) berichtet, man könnte beinahe sagen, uns systematisch wilschweigend...“ Dafür rücht er sich dann in echt Berliner Art an der katholischen Presse, indem er ihr die schwere Beleidigung ins Gesicht schleudert, der Reaktionen seien wenige, die eigene Arbeiten leisteten, sie füllten nur ihre Spalten mit dem, was ihnen zugehandt würde. (Siehe Leitartikel in Nr. 44 des „Arbeiter.“) Dasselbe hört man auch von sonstigen fanatischen Gegnern der katholischen Presse, mit denen „Sich Berlin“ also einträchtig Hand in Hand marschiert.

Die Tatsache allein, daß fast die gesamte kath. Tagespresse, alle namhaften Sozialpolitiker und die übergroße Mehrheit aller Katholiken Deutschlands auf dem Boden der christl. Gewerkschaften stehen, sollte den „Berlinern“ nun doch Beweis genug sein, daß ihre verschrobenen Ideen in Deutschland vollständig aussichtslos sind. Aber weit gefehlt! Jetzt suchen sie im In- und Auslande alle Stimmen und Stimmungen zusammen, die nur irgendwie — oft mit den gewagtesten Auslegungskünsten — zugunsten der Fachabteilungsidee gedeutet werden könnten. „Sich Berlin“ sieht sein „Gewerkschafts“-Gebäude schon wanken und in sich selbst zusammenbrechen, ehe es noch so richtig angefangen ist, und in dieser wenig heilswürdigen Situation suchen sie krampfhaft nach Kronzeugen und Kronzeugen, mit denen sie ihre banerrote Idee wenigstens nach außen hin stützen könnten. Dabei passiert ihnen dann hin und wieder das Unglück, daß sie auch solche Kronzeugen für sich reklamieren, deren Anschauungen aber in den Kernfragen der Fachabteilungsidee direkt entgegenstehen. Ein drastisches Beispiel dafür aus der letzten Zeit. Der „Arbeiter“ (Berlin) Nr. 44 schreibt:

„Und Vater S. Besch, S. J., schreibt in einem Artikel, der dieser Tage unter dem Titel: „Kirchliche Autorität und wirtschaftliche Organisation“ in den „Stimmen aus Maria-Laach“ erscheinen wird und von dem wir eine vollständige Uebersetzung in das katholisch Soziale Wochenblatt aufnehmen werden: „Wir sagen im Sinne Plus X.: Das Ideal ist für uns die katholische Organisation, aber unter bestimmten Voraussetzungen kann aus praktischen und taktischen Gründen die interkonfessionelle Organisationsform zulässig erscheinen.“ — Das ist genau der Standpunkt, der von Anfang an von uns eingenommen wurde und der unseres Erachtens auch der Standpunkt Tommasos ist.“

Wegen diese Äußerung des Herrn S. Besch werden auch die kath. Befürworter der christl. Gewerkschaften wenig einzutenden haben. Für uns in Deutschland treffen eben diejenigen Voraussetzungen zu, die aus praktischen und taktischen Gründen für den interkonfessionellen Charakter der Gewerkschaften sprechen. Als Begründung braucht nur kurz darauf hingewiesen zu werden, daß die Katholiken in Deutschland nur ein starkes Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen und daß die Kapitalmacht der Großindustrie fast ausschließlich in den Händen von Nichtkatholiken liegt. — Die Vorbedingung für das „Ideal“ der konfessionellen Wirtschaftsorganisation ist die Einheitskonfession eines Landes. Daß wir die in Deutschland nicht haben, daran sind wir Arbeiter zweifellos am alleranschuldigsten.

Im konfessionellen Charakter der Wirtschaftsorganisation liegt nicht der tiefgehendste Unterschied in unserem Gegensatz zu den Fachabteilungen, sondern

Das Proletariertind.

Es ist eine traurige Erscheinung im Zeitalter unserer modernen industriellen Entwicklung, daß die Kinder ganzer Bevölkerungsstufen ausreichende Pflege, Erziehung und Schutz von seiten der Eltern entbehren müssen. Ihre Zahl ist außerordentlich groß. Bei weitem die größere Hälfte der Eltern aus der Arbeiterklasse können ihre Kinder nicht genügend säugen und versorgen sowie erziehen. Professor Werner Sombart hat diese klägliche Lage der Arbeiterkinder in einer höchst beachtenswerten Schrift einer sozialpsychologischen Studie über „Das Proletariat“ besprochen (Bd. 1 der Gesellschaft, herausgegeben von Martin Duber, bei Rütten und Loening, Frankfurt a. M. Oktober 1906). Sombart entwirft uns ein Bild des Lebens solcher Proletariertkinder und ihrer Kinder. Vom Kreise der Sorgen unserer eigenen täglichen Berufs-geschäfte wie umschiffen, übersehen wir es oft, soziale Erscheinungen im Leben unserer Mitmenschen — der ärmsten und arbeitssamsten unter ihnen — das sich drückt neben uns bewegt, aufmerksam zu beachten. Der Nationalökonom meint geradezu: „Wir, die wir in satter Selbstgefälligkeit auf der Sonnenseite des Lebens hinwandeln, wissen blutwenig von den großen Leiden und kleinen Freuden derer, die im Dunkeln schreiten... Wenn wir einmal übermächtig nachhause kommen oder wenn wir zum Frühzuge zum Bahnhofs gehen, dann schauen wir wohl, mit einem Male einen Blick in eine uns ganz fremde Welt zu tun.“

Wir wissen ja gar nicht, daß diese Hunderte, diese Tausende, die da raschen Schrittes, zu zwei, zu drei, meist wortlos neben einander, das Arbeitsgerät oder die blaue Kaffeekanne in der Hand, in langen Rängen an die Arbeit gehen, auch da sind. Sie kommen aus ihrem „trauten“ Heim, wo sie zwischen schlafenden Kindern beim Speise der Gungel sich notdürftig angekleidet... und eilen nun dem riesigen Woloch, der Fabrik, in die Arme. Vater ist weg von Hause, Mutter ehe die Kinder spazieren. Vater kommt um

zu Mittag nicht heim, dazu ist die Pause zu kurz, der Weg ist lang. ... Aber auch die Mutter muß in die Fabrik! In der Frühe schon zieht sie aus, kommt kaum über Mittag heim, erst am Abend zurück! — Welches ist das Leben solcher Kinder, die zwar keine Waisen sind, wohl aber der Pflege, der Erziehung, des Schutzes der Eltern entbehren müssen. Hören wir darüber Werner Sombart selbst. Ihr Familienheim liegt „in einer „Stube“, vier Treppen hoch im Hof!“ Die älteren Geschwister sind entweder auch auf Arbeit oder in der Schule. Ein Glück, wenn sie in einem gut verwalteten Kinderhort oder in einer Krippe Aufnahme finden. Sonst müssen sie bei der Nachbarin die Zeit verbringen. In den Freistunden nimmt sie — nicht die allgütige „Mutter Landstraße“, sondern das Trottoir der Großstadt auf. — Das Straßenkind, eine Blüte der Kultur, die erst in unserer Zeit zur vollen Entfaltung gelangt ist... Ein Blatt, vom Winde herangeweht, ist das Straßenkind, das im nächsten Augenblicke wieder zu einem neuen Blätterhaufen weitergetrieben wird.

Abends endlich kommen die Mutter — und vielleicht auch der Vater — aber beide meistens milde von der oft freudlosen Arbeit — heim. Was aber die Kinder bei ihren Eltern finden, ist wenig Herzensfreude, wohl aber so viel Trauriges und Trostloses auch für sie. Denn, „wer würde es glauben, daß eine ganze Anzahl Menschen bei uns heutigen Tages in „Wohnungen“ kampiert, die überhaupt kein heizbares Zimmer haben? Und doch befehrt uns die Statistik, daß es deren in Berlin über 15000, in Barmen über 8000 (1) gibt usw. Aber das sind nur Ausnahmen, und es wird sich in der großen Mehrzahl der Fälle um Einzelpersonen handeln. Dagegen schwillt die Zahl derjenigen Personen, die in Wohnungen mit einem Zimmer wohnen, sofort unheimlich an. Ja, in den meisten heutigen Großstädten wohnt die Hälfte oder annähernd die Hälfte aller Menschen in Wohnungen, die nicht mehr als ein Zimmer umfassen. Von tausend Bewohnern nämlich in Barmen 490, in Berlin 430, in Chemnitz 551 usw.“ Wie ungemütlich muß

es da sein, wie gar „nicht schön und auch nicht sittlich, wenn in demselben Zimmer und oft genug auch gleichzeitig geboren, gestorben, gekocht, gewaschen, gegessen und gearbeitet wird.“

Das sind ökonomische Verhältnisse, aus denen von allen Seiten moralische Giftstoffe auf die Kinder einbringen. „Freiwillig wächst oft im Volkskinde inmitten des Elendes viel Wertvolles, ja Heroisches heran. Wieviel Heldentum gibt es da oft schon bei kleinen Knaben und Mädchen, die mithelfen müssen beim Geld verdienen und Vater- und Mutterstelle vertreten müssen bei jüngeren Geschwistern. Wie früh lernen sie ihren Hunger und Durst mit den bescheidensten Mitteln stillen, und wie stärkt sich ihre Widerstandskraft mit all den Widerwärtigkeiten und Entbehrungen. Und wie schlicht und gesund werden oft ihre Herzen durch das strenge und einfache Leben, und welche Kraft des Opfers und der Liebe gedeiht oft an den leeren Tischen und leuchtet aus formelosen Wohnungen... Eigenschaften, die in glücklichen Wohnungen und an nahrhaften Tischen höchst selten so früh und so stark emporschwächen wie dort in der Welt der Entbehrungen.“ (F. W. Foerster, Jugendlehre); aber „doch ist es einfaß ein Jammern, daß in Not und Elend, auf Straßen und in Hinterhöfen die Kinder vielfach verwahrloset“, denn die schützende Mauer des Hauses, der Hauslichkeit, der Familie, ist bei ihnen gefallen hinter der die Anschuld des Kindes gewahrt werden sollte, die Schlammwollen spülen an die heranwachsende Jugend um zartesten Alter bis an das Herz heran. Und man kann immer nur wieder staunen, daß aus diesen Sumpfstätten soviel tüchtige Männer und Frauen doch noch hervorgehen. Wie lange noch?“ (W. Sombart). „Es gibt keine Gestattung, keine Kultur ohne den erzieherischen Einfluß der Familie“. Man kommt noch hinzu, „daß diese Familien oft jeden Zusammenhang mit der Seelsorge der Kirche verloren haben und der kirchlichen Anschauung sogar feindlich und höhnisch gegenüberstehen“. Welch eine Pflicht der religiösen Fürsorge hat die Volksschule gerade auch gegenüber den Kindern der Arbeiterwelt!

Der Fundamentalgegensatz liegt für wirtschaftlichen Programm, in der Art und Weise, wie die Interessen der Arbeiter zu vertreten sind. Der Kardinalpunkt ist hier der Streit, der bekanntlich von den Fachabteilungen als „stillschweigend unerlaubt“ bezeichnet wird.

In dieser wichtigsten Frage für die wirtschaftlichen Organisationen steht aber der vom Berliner Arbeiter als Kronzeuge reklamierte P. Besch durchaus nicht auf Seite von „Sitz Berlin“, sondern auf unserem Standpunkte. In seinem zweibändigen Werke „Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung“ (Herdersche Verlagsbuchhandlung zu Freiburg i. Br.), ist das mit aller Würde und Klarheit und Schärfe ausgedrückt.

P. Besch gilt in der kath. Kirche als eine Autorität. Er ist Verfasser mehrerer wissenschaftlicher Werke und hat genannte Arbeit geschrieben, „insbesondere, um den eigenen Mitgliedern des Klerus ein gründliches Studium der sozialen Frage zu ermöglichen“, und um diejenigen Lehren unter einem einheitlichen Gesichtspunkte zusammenzustellen, welche für ein tieferes Verständnis der Kämpfe der Gegenwart unentbehrlich sind.“

Nachdem der Verfasser sich in längeren Ausführungen für die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeiter ausgesprochen hat, fällt er über den Streit folgendes Urteil (I. Teil, S. 600, Abf. 5 ff.):

„Man könnte sich zur Begründung einer die Koalitionen verbindenden oder erschwerenden Spezialgesetzgebung auf den Zusammenhang zwischen Koalition und Streit berufen, indem man es als eine rechtliche Befugnis der Staatsgewalt bezeichnet, im öffentlichen Interesse jeden Streit zu unterbinden. Nicht bloß der Name „Koalition“, welcher ursprünglich im internationalen politischen Leben die den Umfang einer gewöhnlichen Allianz übersteigenden Verbindung mehrerer Staaten zum Zwecke eines gemeinsamen Feindes bedeutet, sondern auch die Erfahrungstatsache, daß die Koalitionen der Arbeiter vielfach zu bedauerlichen Exzessen geführt haben, konnte dazu verleiten, den Begriff „Koalition“ unmittelbar mit der Vorstellung von Feindschaft, Haß, ungerichteter und revolutionärer Auflehnung zu verbinden. Allein das alles ist durchaus nicht wesentlich mit der Koalition verbunden, wie auch die Koalition mit dem Streit weder identisch ist, noch auch im Streit ihr Ziel und ihren Zweck hat. Die Arbeitseinstellung ist das äußerste Mittel der Koalition, welches erst Anwendung findet, wenn friedliche Unterhandlungen zu keinem Ziele geführt haben.“

Den Zweck der Koalition bildet lediglich die Erlangung annehmbarer Arbeitsbedingungen. Das ordentliche Mittel hierzu ist die Verhandlung oder der Schlichtungsprozeß, das außerordentliche und letzte Mittel der Streit. Sollen aber die Verhandlungen von Seiten der Arbeiter in wirksamer Weise geführt werden, sollen insbesondere die von Leo XIII. so sehr empfohlenen gemäßigten Ausschüsse mit Erfolg tätig sein, so bedarf es der Koalitionen. Gelingt man bei den Verhandlungen nicht zur friedlichen Vereinbarung, kommt es vielmehr zum Streit, so bleibt immerhin noch zu untersuchen, auf welcher Seite die Schuld an diesem Ausgang zu suchen ist. Nebenfalls wird man aus der Tatsache, daß in manchen Fällen die Forderungen der Arbeiter das gerechte Maß überschritten oder in ungebührlicher Weise geltend gemacht wurden, für die Gesetzgebung keineswegs das Recht herleiten dürfen, ein-

seitig das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken und illusorisch zu machen.

Sohne Zweifel kommt die Rechtsschuppssicht des Staates auch dem Streit gegenüber zur vollen Geltung. Der Staat hat darüber zu wachen, daß keine ungerechten Mittel angewendet werden gegen Unternehmer und Arbeiter. Er soll ganz gewiß auch die Rechte der Unternehmer schützen, aber nicht allein dessen Privatinteresse auf Kosten des entgegenstehenden Interesses der Arbeiter. Die Einhaltung rechtsgültig übernommener Pflichten und Vertragsverbindungen kann er erzwingen für beide Teile und gegen beide Teile, wie er Verträge auch annullieren und rescindieren darf, deren Bestimmungen unbillig sind, den Forderungen der Gerechtigkeit widersprechen. Zur direkten Unterdrückung eines in sich gerechten Streites aus angeblichen Gründen des öffentlichen Wohles oder zur Durchführung von Maßregeln, die einer direkten Unterdrückung äquivalent sind, halten wir jedoch die Staatsgewalt im Allgemeinen nicht für befugt. Die Arbeit ist keine Rechtspflicht gegenüber der Gesamtheit, keine öffentlich-rechtliche Zwangspflicht oder Amtspflicht, die Arbeitseinstellung daher an und für sich, abgesehen von privatrechtlichen kontraktlichen Verpflichtungen, keine Rechtsverletzung.

Freilich bleibt das öffentliche Interesse nicht unberührt im Falle einer umfangreichen Arbeitseinstellung. Man könnte deshalb versucht sein, in Anwendung des durchaus richtigen Grundsatzes: das Privatinteresse müsse dem öffentlichen Interesse weichen, ein zwingendes Vorgehen der Staatsgewalt gegen die Streiks für notwendig und berechtigt zu halten. Aber — so werden denn die Arbeiter mit Recht einwenden — fordert denn das öffentliche Wohl, daß wir gerade unter solchen Bedingungen arbeiten, die wir als für uns unerträgliche halten? Wenn man die Arbeitseinstellungen nicht will, warum richtet sich dann der Zwang allein gegen uns, und warum sündet man nicht auf Mittel, die Unternehmer zur Annahme unserer Vorschläge und Forderungen zu zwingen? Es handelt sich ferner in der vorliegenden Frage nicht um ein bloßes Privatinteresse, das nach dem Grundsatz der Rechtskollosion dem öffentlichen Interesse zu weichen hätte, vielmehr wird durch eine einseitige, ungerechte Gesetzgebung gegen Koalitionen und Streit das öffentliche Wohl viel schwerer geschädigt als durch den Streit selbst. Die Arbeiter bilden die zahlreichste Klasse aller Staatsangehörigen, hindert man dieselben, ihre gerechten Interessen in ruhiger, friedlicher Weise, wenn auch nachdrücklich, geltend zu machen, so wozu damit dem Gemeinwohl ein schlechter Dienst erwiesen.

Die Verletzung des unbestreitbaren natürlichen Rechtes eines jeden Menschen, seine Lage nach Möglichkeit und in den Grenzen der Gerechtigkeit zu verbessern, würden die Arbeiter bitter empfinden. Der Staat müßte ihnen nicht mehr als Hort ihrer Rechte, sondern als Beschützer und Diener der „herrschenden Klasse“ erscheinen. Sie würden sich inmitten der staatlichen Gesetzlosigkeit wie Heulen vorfinden, die nicht frei über die eigene persönliche Arbeitskraft verfügen und die Bedingungen bestimmen könnten, unter denen sie im Dienste eines anderen, für dessen Rechnung und Vorteil, tätig sein wollen. Man mag im öffentlichen Interesse fordern, daß der Bürger für das Vaterland sein Leben opfere, man mag auf dem Wege der Expropriation einem einzelnen Privaten sein Eigen gegen Schadenersatz entziehen; nie und nimmer wird man sich aber auf das öffentliche Interesse berufen können, wenn es sich darum handelt, einer ganzen, ja der zahlreichsten Klasse gegenüber die bürgerliche Freiheit, die natürlichen Rechte, das Recht auf die Existenz und auf die Vervoll-

kommenheit ihrer Arbeitsbedingungen zu bewahren und zu vergrößern.

Am besten wird für die öffentliche Wohlfahrt unseres Vaterlands dadurch gesorgt werden, daß man der Organisation des Standes der Arbeiter möglichst weit hergehend entgegenkommt und auf diese Weise die ganze Bewegung in ruhiger Bahnen lenkt. Spezialbestimmungen gegen die Koalitionen werden doch keinen durchschlagenden praktischen Erfolg haben und um so mehr erbittern, je schärfer sie sind. Auch die Hindernisse, welche die Gesetzgebung verschiedener Staaten einer freien Entwicklung der Gewerksvereine entgegenstellt, verlegen nur den Weg zum sozialen Frieden. Ohne Zweifel werden schließlich nach Durchführung der gewerkschaftlichen Organisation die Streiks nicht völlig verschwinden. Aber sie werden seltener sein und geordneter verlaufen. Bereits vor mehr als 80 Jahren wies Hermann Wagner auf die Lehren hin, welche die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung in dieser Hinsicht erteilt:

„England, gewöhnlich als Musterstaat für soziale Einrichtungen über die Welt betrachtet, hat die Gesetzgebung gegen Koalitionen vollständig aufgehoben, aber auch den zahlreich entstandenen Verbindungen der Arbeiter untereinander und deren ausgedehnter Organisation nach allen Richtungen hin ist es nicht gelungen, den Streit ganz aus der Welt zu schaffen. Inbesseren hat man doch durch gleichzeitige und anbauende Arbeitseinstellungen entweder eine Verbesserung des Arbeitslohnes herbeigeführt, oder aber die Erfahrung gemacht, und daraus die Einsicht gewonnen, daß das angewendete Heilmittel schlimmer sei als das Uebel, von dem es befreit sollte. Hieraus gestaltete sich für die gewerblichen Verhältnisse der Arbeitgeber eine festere Ordnung, die größere Stabilität dafür gewährte, daß jene nicht aus Einseitigkeit der Interessen zu lösen sei. Man kam seitens der Arbeiter mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß die Fixierung der Arbeitslöhne nicht eine Sache der bloßen Willkür seitens der Arbeitgeber sei. Nach dieser richtigen Erkenntnis der Lage der Sache sind die organisierten Arbeitseinstellungen in England seltener geworden: die Arbeiter sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß ihrerseits unbillige Forderungen durch Streiks niemals durchzusetzen sind, und andererseits haben die Arbeitgeber eingesehen, daß ihr Widerstreben gegen billige Anforderungen ihrer Arbeiter durch eine Einstellung der Arbeit stets bald gebrochen wird, wie dies die Streiks der letzten Jahre hinlänglich bewiesen haben.“

Vollständig, ohne Ueberlegung unternommene Streiks sind in England weniger häufig als anderswo.

„Im allgemeinen wird wenigstens von Seiten der älteren Gewerksvereine“, sagt Herrler, „nur dann, wenn die Marktlage es wirklich rechtfertigt, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen verlangt.“ Darum werden denn auch die jeweiligen Marktverhältnisse der Industrie von den Vertretern der Gewerksvereine sorgfältig studiert.

Wächte man ebenfalls in Deutschland sich immer mehr daran gewöhnen, die Berufsverbände der Arbeiter nicht einseitig als Kampforganisationen zu fürchten, sondern als Mittel und Weg zum sozialen Frieden zu schätzen, wären es aber selbst nur Kampforganisationen, das Wort dieses Wirtes doch seine Geltung behalten: „Es ist besser, wir haben es mit Kampforganisationen zu tun, als mit unorganisierten Massen, die wohl den Krieg proklamieren, aber nicht Frieden schließen können.“

Soweit die Ausführungen des Herrn P. Besch über den Streit, die eine sachlich kaum klarer auszuwickelnde Beurteilung der „Berliner“ Auffassung vom Streit darstellen. Dies werden die Herren vom „Ver-

Die traurigste Auktil in der sozialen Moralstatistik bilden die jugendlichen Verbrecher, welche sich besonders in den letzten Jahren in so forgenregender Zahl vermehrt haben. Vermögen die eigenen Gerichtshöfe für Kinder, wie man sie in einigen Ländern, wie England, Amerika und Deutschland eingerichtet hat und auch in Italien einzuführen gedenkt, vermögen sie dem Uebel zu steuern? Sie sind doch nur dazu da, das jugendliche Vergehen zu ahnden, doch nur, um die Korrektion der jugendlichen Delinquenten zu ermöglichen.

Die „gewerbliche“ Arbeit der verheirateten Frauen bildet heute noch nicht die Regel. Immerhin mag es jetzt in Deutschland eine Million Ehefrauen und mehr geben, die ihre Arbeitskraft außerhauswirtschaftlich vergeben müssen, und es besteht eine deutlich wahrnehmbare Tendenz zur Vermehrung der Arbeit der verheirateten Frauen.“

Den zahllosen Kindern gegenüber, die also der schützenden und erziehenden Obhut der Mutter ermangeln, ist es Aufgabe von Staat, Gemeinde und Privatwohlthätigkeit, ihnen den fehlenden Schutz angedeihen zu lassen. Die Art, in der diese verschiedenen Faktoren sich dieser Arbeit erledigen, ist einer der besten Gradmesser in dem Kulturniveau eines Volkes; denn in den Kindern liegt ein Kapital, sie tragen den Nationalwohlstand in sich. ... Von dem Gedeihen dieses Teiles der Bevölkerung hängt die zukünftige Produktivität der Erwachsenen ab. Die Ernährung der Intelligenz, der Gesundheit und der Sittlichkeit dieser Altersklasse trägt zum Wohlstand des Volkes bei, sagt Alice Salomon in ihrem Buche Soziale Frauenpflichten. Und C. Gnaud-Kühne (Die soziale Lage der Frau) verlangt als Fürsorge der verpflichteten Kinder der Arbeiterfamilien: daß die schulpflichtigen Kinder sollte jede Gemeindschule ihren Kinderhort haben; die Kinder unter sechs Jahren müßten in Krippen und Kindergärten untergebracht werden. Der Dienst in diesen drei Institutionen müßte (ohne freiwillige Helferinnen anzuschließen) ein bezahltes häusliches Amt sein. ... Besser wäre es, wir brach-

ten keine Krippen und Horte, sondern könnten der Familie die Sorgen für ihre Angehörigen selber überlassen.

Wenn es nicht gelingt, schreibt P. Weiß, die Ueberzeugung allgemein zu machen, daß das Heil der Gesellschaft vor allem von der Heilung und Heiligung der Familie abhängt, dann ist es kaum der Mühe wert, über die Lösung der sozialen Frage ein Wort zu verlieren. Schon im Jahre 1895 mußte Rektor Neumann aus Sachsen auf der Versammlung der Präsidenten der Vereine des Arbeiterstandes in Köln bezüglich der „Arbeiterinnen-Fürsorge“ feststellen, es gebe in den Fabriken und Bergwerken Berufens allein 298 000 weibliche verheiratete Arbeiterinnen, wovon 60 000 in der Provinz Köln, während ganz Deutschland bei 4 1/2 Millionen Arbeiterinnen zähle. (Dr. Overdörfer, Kölner Korrespondenz 1896). Nach Zombart ist die Zahl der außer Haus gewerblich arbeitenden Frauen auch in anderen Ländern mit kapitalistischer Kultur stetig in Zunahme begriffen. In Deutschland stieg nach ihm „von 1882 bis 1895 der Anteil der verheirateten Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiterinnen in der Industrie von 12,7 auf 16,8 Proz., im Handel von 15,9 auf 20,1 Proz.“ Wie viele Not und Armut, wie viele zerüttete Familienverhältnisse sind in diesen Zahlen enthalten! Ungefähr 2 Millionen Familien; 1895 waren schon 800 000 verheiratete Frauen „gewerblich außer Haus beschäftigt. Hinzu kommt noch ein Viertel mehr als eine Million im „Handel“ beschäftigter verheirateter Frauen, deren Lebensverhältnisse nicht besser und für die Erziehung ihrer Kinder nicht geeigneter sind, wie das ihrer im „Gewerbe“ arbeitenden Genossinnen.

Also 6—8 Millionen Kinder ohne erziehende Mutter! Welche soziale Zerrung, welche Erziehung! Und bis kurze Zeit vor der Niederkunft lebt jene, welche ihren Kindern die Gesundheit verderben soll, in der ungesunden Atmosphäre der Fabrik mit aufreibender, abzehrender Arbeit bei schlechter Ernährung! Mit welcher Entrüstung ruhen daher die Sozialpolitiker im Namen der menschlichen Gesellschaft, im Namen

unzähliger Kinder dem kapitalistischen Wirtschaftssystem stets eindringlicher zu: „Weht die Frau der Familie, die Mutter den Kindern zurück!“ Die Fabrikgesetzgebung der meisten sozialfortschrittlichen Kontinentalstaaten ist bereits dahin gelangt, nicht nur die Sonntags- und Nachtarbeit der verheirateten Frauen völlig zu verbieten, wie auch sonst die Arbeitszeit der Frauen zu beschränken (längere Arbeitspause am Mittag, Freigabe des Samstags Nachmittags für die Arbeiterinnen usw.), auch der Kreis derjenigen Betriebe, in denen aus gewerbehygienischen Gründen die Frauenarbeit ausgeschlossen ist, wird stetig erweitert. Aber wie viel ist noch zu tun, bis diese ersten Morgenstrahlen eines gedeihlichen Lebens hindurchgebrochen bis zum vollen Mittag — bis zu einer normalen Lebensführung! Welche fast unzählbare Scharen von Kindern bleiben bis dahin Waisen ohne Mutter! Was wird aus ihnen werden?

In Feuerlers Jugendlehre finden wir auf diese Frage folgende Antwort:

Sieh' ich im Staub der Waffe ihn (den Knaben) spazieren,
So schmutzig und — so schön,
Mit Kleibern, die aus Fäden nur bestehn.
Pfeiffen Schüh'n und pfliffigen Manieren,
Sich' ich ihn springen, hör' ihn lachen helle,
Das arme Dornencrös,
Das seine Mutter in der Werkstatt weiß,
Dann greift die Angst um ihn mit an die Seele.
Wie find'st du, frag ich mich,
Es ausgefressen und so schuhlos, dich
Gerecht in dieser Welt von Schuld und Fehl?
Wo mirst du wohl, bu munt'rer Hungerleber,
An zwanata Jahren sein?
Ein Gauner und Betrüger schlau und fein,
Ein fleiß'ger Arbeitermann, ein Deutelschneider?

O Dactenschwiler in der „Köln. Post.“

„Ihrer Arbeiter aber in ihren Wünschen nicht zu drücken, das es aber andere, ihnen in den Raum passende Stellen aus Aufsätzen desselben Verfassers, um wieder einen Kronzeugen mehr zu haben. Wie es nun in sachlicher Beziehung mit dieser Kronzeugenschaft aussieht, dafür hier ein eklatantes Beispiel. Und wie hier, so ist es auch in manchen anderen Fällen. Außerdem muß die Tatsache immer wieder hervorgehoben und doppelt unterstrichen werden, daß von der kathol. Kirche aus der Streik noch niemals als sittlich unerlaubt verboten wurde. „Sich Berlin“ hat oben die dreiste Unmaßung und wenig respektvolle Ueberhebung besessen, über die Entscheidungen der kirchlichen Autorität hinaus zu gehen, sich selbst ein gar nicht zustehendes Richteramt anzumessen und etwas für verboten zu erklären, was der Kirche selbst bis heute nicht eingefallen ist. Die „Berliner“ wollen päpstlicher sein wie der Papst und merken aufcheinend gar nicht, daß sie damit der kirchlichen Autorität den aller schlechtesten Dienst erweisen. Da sind wir Mittheilung — d. h. die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften — doch bessere Menschen!

Eingabe des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter an den Reichstag.

Der Vorstand des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter hat dem Reichstage eine Anzahl Wünsche auf Veränderung der Gewerbeordnung unterbreitet. Sie betreffen das Koalitionsrecht, schwarze Listen und Sperren, achtstündige Schichtdauer im Bergbau, Verbot der Frauen- und Kinderarbeit im Bergbau, Arbeiter-Grubendkontrolle sowie die Sicherung der Ausschuß-Mitglieder und Grubendkontrolleure. Zum Koalitionsrecht wird beantragt, dem § 152 der Gewerbeordnung folgende Fassung zu geben:

„Die Gewerbebetreibenden, Angestellten, Gehilfen, Gesellen und Arbeiter, auch weibliche Personen, sind berechtigt, zum Behufe der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter Verabredungen zu treffen, und Vereinigungen (Berufsvereine, Gewerkschaften) zu bilden. Entgegenstehende Verbote und Strafbestimmungen sind unwirksam.“

Diese Verabredungen und Vereinigungen dürfen sich auf die Verhältnisse der sich betrieblenden oder vereinigen Personen sowohl wie auch auf die Regelung dieser Verhältnisse für die Berufs- oder Standesgenossen im allgemeinen sowie auf Veränderungen der Gesetzgebung und auf Unterstutzung der Mitglieder richten.

Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Verabredungen und Vereinigungen frei und es findet aus letzteren weder Klage noch Strafe statt.

Die Bestimmungen des Absatzes 3 finden keine Anwendung an Verabredungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. (Tarifverträge).“

Begründet wird die gewünschte Aenderung damit, daß durch die jetzige Fassung des § 152 Abs. 1 Verbote und Strafbestimmungen aufgehoben werden, die vor rund 40 Jahren rechtliche Giltigkeit besaßen, die jedoch heute nach vierzigjähriger Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Zustände nicht wieder aufleben können. Diese, vor vierzig Jahren vielleicht zweckentsprechenden Bestimmungen genügen heute durchaus nicht mehr. Es ist an der Zeit, daß den Koalitionsverabredungen der staatliche Schutz zuteil wird. Die Sicherung und der Ausbau des Koalitionsrechtes der Arbeiter wird von den Arbeitern aller Richtungen dringend gefordert. Ebenso ist die Forderung von den verschiedenen politischen Parteien und Volkswirten anerkannt worden, und selbst an Regierungskreise hat man sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen können! So versicherte der Reichskanzler Fürst Bismarck am 15. Dezember 1903 der Deputierten des Deutschen Arbeiterkongresses (Frankfurt a. M. Oktober 1902), daß er „für eine ernste, sachliche Prüfung der Frankfurter Resolutionen des Kongresses Sorge tragen werde“. Der deutsche Arbeiterkongress unterstrich auf seiner Tagung in Berlin 1907 die in Frankfurt erhobene Forderung nochmals, indem er in einer Resolution betonte, „daß die gesetzliche Sicherung und Erweiterung der Koalitionsfreiheit unumgänglich notwendig sei“. Außerdem liegt die einfache, durch die amtliche Statistik im Reichsarbeitsblatt erhärtete Tatsache vor, daß die Koalitionen der Arbeitnehmer festgefügte Gebilde sind, deren gewonnenes Recht auch gesetzlich anzuerkennen, zu erweitern und zu schützen im Interesse des sozialen Friedens und der Gerechtigkeit liegt.

Bezüglich der schwarzen Listen und der Sperren verlangt die Petition des Gewerksvereins den § 153 der Gewerbeordnung wie folgt umzugestalten:

„Der Angestellte, gewerbliche Gehilfen, Gesellen, oder Arbeiter, auch weibliche Personen, durch Anwendung förmlicher Zwanges, durch Drohung mit einer rechtswidrigen Handlung oder Entlassung aus der Stellung oder Arbeitsgelegenheit, durch Verabredung, durch schwarze Listen oder durch schwarze Listen gleichwirkende Einrichtungen anderer Art hindert oder zwingt, von solchen Verabredungen oder Vereinigungen (§ 152, Abs. 1 und 2) zurückzutreten, oder wegen Zugehörigkeit zu Berufsvereinen um die Stellung oder Arbeitsgelegenheit bringt, oder an der Erlangung von Stellung oder Arbeitsgelegenheit hindert, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nach den allgemeinen Strafgesetzen nicht eine höhere Strafe eintritt. Auch der Versuch ist strafbar.“

Diese Forderung ist durch eine längere Begrün-

dung des Sachverhalts des Herrn Professor Schmar in Bern über den Bechenverband unterstützt. In der Begründung wird angeführt, daß die lothringischen Minettegruben sich gegenseitig schriftlich oder mündlich per Telegraphen Mitteilung machen, sobald die Verflechtung wünsch, daß ein von ihr entlassener oder selbst Abkehr nehmender Bergmann auf einer anderen Grube nicht wieder eingestellt wird. Diese Verabredung wurde 1906 durch einen vom Gewerksverein christl. Bergarbeiter geführten Prozeß festgestellt.

Die Ruhrzechen übten nach dem Streik 1905 die Praxis, daß sie nur solche Arbeiter einstellten, die neben dem gesetzlich vorgeschriebenen Abkehrschein noch einen von der abkehrenden Grube ausgefertigten Ueberwechungs- bezw. Uebernahmesechein vorzeigen konnten. Dieser Uebernahmesechein wurde mißliebigen Arbeitern verweigert (Sperre), letztere wurden somit von der Bergarbeit im Ruhrrevier ausgeschlossen. Hunderte am Streik beteiligt gewesene Arbeiter wurden von dieser Maßregel betroffen; ein Teil davon wanderte aus, ein anderer Teil suchte sich nach monatelanger Arbeitslosigkeit außerhalb des Bergbaues eine neue Existenz.

Im Januar d. J. gründeten die Ruhrzechen den sogenannten „Bechenverband“. Sein Zweck soll sein die Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen, ferner die Gewährung von Entschädigung an die von einem Ausstand betroffenen Mitglieder. Die bisherige Tätigkeit des Verbandes beschränkte sich auf die Herausgabe von „schwarzen Listen“, deren letzte nicht weniger als etwa 4000 Namen von Bergarbeitern enthält. Die Dauer von sechs Monaten von der Arbeit in den Bergbau ausgeschlossen sind. Die diesbezügliche Bestimmung (§ 8 Abs. 2) der Satzung des Bechenverbandes lautet:

„Arbeiter, die vereinzelt unter Kontraktbruch die Arbeit auf einem Verbandswerke niedergelegt haben, dürfen für die Dauer von sechs Monaten von einem anderen Verbandswerk nicht angenommen werden. Hat eine Werkleitung erst nach der Annahme eines vertragsbrüchigen Arbeiters von dem Vertragsbruch erfahren, so hat sie keine Kündigung zu veranlassen, es sei denn, daß das nach dem Vertragsbruch begründete Arbeitsverhältnis schon länger als drei Monate besteht.“

Die Presse der Werksbetriebe behauptet, daß die Satzungen den „Schörden vorgelegt und von diesen genehmigt“ wurden.

In Bergarbeiterkreisen haben diese „schwarzen Listen“ des Bechenverbandes einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Entrüstung der Bergarbeiter gründet sich darauf, daß

I. nachweislich die „schwarzen Listen“ Namen von Arbeitern enthalten, die nicht kontraktbrüchig sind;

II. die „schwarzen Listen“ gegen solche Arbeiter angewendet werden, die durch ihre Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation oder durch Tätigkeit in einer solchen bei der Werkleitung mißliebig geworden sind (Eingriff in die Koalitionsfreiheit);

III. die Bergarbeiter in der Grube der Witte unfeiner Beamten antgesetzt sind;

IV. die Werkleitungen dadurch eigenmächtig ein über das gesetzlich vorgesehene bezw. zulässige Strafmaß weit hinausgehendes Strafmaß ausüben;

V. die Bechen durch die sechsmonatige Aussperrung die betroffenen Arbeiter wirtschaftlich ruinieren, deren unglückliche Frauen und Kinder dem Hunger und der Not preisgegeben;

VI. dadurch Tausende von reichsangehörigen Arbeitern mit ihren Familien brotlos gemacht werden, während viele Tausende von Ausländern Beschäftigung haben.

Das Verfahren des Bechenverbandes verstößt gegen die guten Sitten und gegen den guten Willen der Gesetzgeber von Berggesetz, Reichsgewerbeordnung und der Arbeiterversicherungs-gesetze. Ohne Zweifel liegen üble Nachrede, Verurteilung und Eingriff in die Koalitionsfreiheit vor. Da es sich hier um Maßnahmen handelt, wozu — auch in der Metallindustrie — Tausende von Arbeitern und deren Familien betroffen werden, um ein Vorgehen, das in der Arbeiterschaft die größte Beunruhigung hervorruft, bei ausbleiben der Konjunktur unter Umständen einen allgemeinen Ausstand heraufbeschwören kann, so wird das öffentliche Interesse erheblich davon bewegt.

Eingabe der christlichen Gewerkschaften Lothringens um Errichtung 3 weiterer Gewerbegerichte

in Diedenhofen, Saargemünd und Saarburg.

An das Kaiserliche Ministerium in Straßburg wurde seitens der christlichen Gewerkschaften in Lothringen folgende Eingabe gerichtet:

Diedenhofen, im Okt. 1908.

Namens und im Auftrage der ihnen angehörenden Mitglieder ersuchen die unterzeichneten Organisationen die Kaiserl. Landesregierung, die Errichtung von drei weiteren Gewerbegerichten in Diedenhofen, Saargemünd und Saarburg veranlassen zu wollen.

Zur Begründung führen wir ergebenst aus:

Für die gesamten lothringischen Arbeiter, die in verschiedenen Bezirken tätig sind, besteht gegenwärtig nur ein Gewerbegericht mit dem Sitz in Metz, dessen Tätigkeitsbereich örtlich und beruflich so begrenzt ist, daß es für sämtliche Bergarbeiter Lothringens (etwa 26 000 Mann), etwa 15 000 Güttenarbeiter und mindestens 80 Prozent der Arbeiter aller an-

deren Berufe nicht zuständig ist. Würden auch diese Beschränkungen fallen, so ist neben einer Arbeitsüberlastung, die eintreten würde, die geographische Lage derselben so ungünstig, daß die Arbeiter entlegener Orte ohne große Opfer an Zeit und Geld es nicht in Anspruch nehmen könnten.

Der jetzige Rechtszustand, der gerade den Arbeitern der Großindustrie die sachberufliche Gerichtsbarkeit vorenthält, wird in den beteiligten Kreisen als ein drückendes Unrecht empfunden und die Ansicht vertreten, als wenn dadurch tausende außerhalb des Gesetzes gestellt seien. Dieses Empfinden wird noch bestärkt durch die Tatsache, daß die Gewerbegerichte in anderen Teilen unseres Vaterlandes sowohl an Zahl wie Ansehen steigen. Sogar Elsaß, das doch unter derselben Regierung wie Lothringen steht und kaum 50 Prozent mehr Arbeiter als dieses zählt, hat gegenwärtig 6 Gewerbegerichte.

Daß aber die Arbeitsverhältnisse der Berg- und Güttenindustrie und verwandter Berufe, in denen ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Praxis fast nicht besteht, die meisten Streitigkeiten auf diesem Gebiete zeitigen, ist eine bekannte Tatsache.

Früheren Ersuchen, die Errichtung eines Berggewerbegerichts zu veranlassen, wurde nach uns gewordenen Mitteilungen die Notwendigkeit eines solchen bestritten, da die statistischen Erhebungen ergeben haben sollen, daß die Zahl der angebrachten gerichtlichen Klagen und Beschwerden bei den Gewerbeaufsichtsbeamten so gering seien, daß es sich nicht lohne, zur weiteren Errichtung von Gewerbegerichten zu schreiten.

Dem müssen wir folgendes entgegenhalten:

Die Furcht vor Maßregelungen bei Vorbringung von Beschwerden bei den Gewerbeaufsichtsbeamten bei Anbringung von Klagen vor den Amtsgerichten ist so groß, daß ein großer Teil der Arbeiter lieber Unrecht duldet — vielleicht auch vermeintliches — als daß er klagbar vorgeht. (Der Gewerbeaufsichtsbeamte für Lothringen muß in seinem Jahresberichte für 1907, Seite 63, zugeben, daß Arbeitgeber es übel nehmen, wenn Arbeiter bei den Gewerbeaufsichtsbeamten Klagen vorbringen.)

Das Institut der Gewerbeaufsichtsbeamten, das uns unparteiische Instanz beschwerten entgegennimmt und zu vermitteln sucht, war als solches bei den Arbeitern wenig bekannt. Die Arbeiter sehen in demselben mehr die Gewerbepolizei, die irgendwelche Ueber-tretungen zu ahnden hat. Das Vertrauen zu denselben ist leider immer noch nicht, wie es im allgemeinen Interesse zu wünschen ist. Der weit entfernte Wohnsitz der Beamten erschwert diesen Arbeitern auch ein persönliches Vorgesprechen. Andererseits beweist die Statistik der alljährlich stattfindenden Revisionen, daß es den Gewerbeaufsichtsbeamten unmöglich ist, einen umfangreichen persönlichen Verkehr mit den Arbeitern zu pflegen, um etwaige Streitfragen schlichten zu können.

Was den Klageweg an den Amtsgerichten betrifft, ist zu berücksichtigen, daß das langsame Verfahren vor denselben, das Fehlen von sachkundigen Beisitzern, besonders die Stellung des Arbeitgebers, der jederzeit in der Lage ist, durch juristischen Beistand seine Sachen durch alle Instanzen durchzutreiben, den Arbeiter von vornherein abschreckt, sein Recht zu suchen.

Was ferner die Einholung von Gutachten von Arbeiter-Ausschüssen, Krankenkassen-Vorstandsmitgliedern usw. betrifft, so ist denen kein großes Gewicht beizulegen, da den meisten die nötige Uebersicht mangelt und sie fast stets nur ihre persönliche Meinung äußern.

Wir versehen nicht, nochmals auf die unter dem 10. September 1907 eingereichte Eingabe hinzuweisen, in der wir die Uebertragung des Reichsgewerbe-gerichts-gesetzes auf Elsaß-Lothringen beantragen. Inwieweit dieselbe bis jetzt ihre Erledigung fand, ist uns nicht bekannt.

Jedenfalls steht, soweit wir unterrichtet sind, der Errichtung weiterer Gewerbegerichte auf Grund des Reichs-Gewerbegerichts-gesetzes nichts im Wege — wie die Errichtung eines Gewerbegerichtes in Schillingheim beweist.

Sollte die weitere Errichtung der beantragten Gewerbegerichte auf Grund des Reichs-Gewerbe-gerichts-gesetzes durchführbar sein, so bitten wir ergebenst, veranlassen zu wollen, daß auch die Verhältnisse für die Gewerbegerichtsbeisitzer aus dem Arbeiterstand eingeführt wird, zumal auf Anregung des Reichstages die Kaiserl. Reichsregierung in einem Er-las den unteren Behörden die nachhaltigste Unterstützung von Anträgen dieser Art empfiehlt.

- Hochachtungsvoll
- Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands: Bezirk Lothringen: Metz, Carius, Diedenhofen, Heinrich Kay, Forbach.
 - Zentralverband christl. Metallarbeiter Deutschlands und verwandter Berufe: Emil Engel in Diedenhofen.
 - Zentralverband christl. Bauhandwerker, Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands: Kellum in Metztatt-Furbach.
 - Zentralverband christl. Aemtarbeiter Deutschlands: Richard Schartz in Koblenz.
 - Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Hilfs-, Lehr- und sonstiger Arbeiter Deutschlands: Heinrich Rubin in Straßburg.

Hoffentlich wird diese Aufgabe an den maßgebenden Stellen die verdiente Würdigung finden und praktischen Erfolg haben, damit allen Arbeitern der Reichsländer die Vorteile der Gewerbergerichte zuteil werden können. Die Arbeiter mögen aber auch hieraus wiedersehen, wie die christlichen Gewerkschaften auf allen Gebieten für die Interessen der Arbeiterschaft tätig sind und ihrerseits durch zahlreichen Eintritt in die christlichen Berufsorganisationen deren Arbeit immer größeren Nachdruck verleihen.

Gewerkschaftliches.

Polizeiliche Auskünfte und Organisationszugehörigkeit.

Die in Hagen i. W. erscheinende „Vollzeitung für West und Sauerland“ bringt in ihrer Nr. vom 22. Oktober folgende Ausführungen, die ein sehr sonderbares Licht auf die hiesiger Polizeiverwaltung werfen:

„Vor einiger Zeit ging eine Notiz durch die Presse, wonach ein Reservist, der eine militärische Übung mitgemacht hatte, nicht zum Unteroffizier befördert wurde, weil derselbe christlicher Gewerkschaftler war. Man hatte denselben offenbar von der Polizeiverwaltung des Heimatortes als Sozialdemokrat denunziert. Auch hier aus Hagen können wir derartige Fälle berichten. So wurde ein Reservist bei seiner Entlassung nach einer 14tägigen Übung, während welcher Zeit er Unteroffizierdienste getan hat, nicht befördert. Auf seine Frage bei dem Feldwebel, wie das komme, zudte dieser die Schulter und fragte ihn: „Sind Sie organisiert?“ Und als er dies bejahte, bemerkte der Feldwebel weiter: „Ich glaube, Ihre Papiere waren nicht in Ordnung.“ Wie mag wohl der Feldwebel zu der Frage: „Sind Sie organisiert?“ kommen? Da muß doch offenbar von der Polizeiverwaltung eine derartige Mitteilung eingelaufen sein. Bemerken wollen wir, daß nachträglich nach ca. 14 Tagen diesem jungen Manne die Beförderung doch noch übermittelt wurde. Dieser Reservist ist Vorstandsmitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes und gehört politisch der Zentrumsparterie an.

Ein anderer Arbeiter aus Hagen wurde als Unteroffizier Aspirant zu einer Landwehrübung eingezogen. Während seiner Übungszeit tat er Unteroffizierdienste. Als am letzten Tage die Unteroffizier Aspiranten vorgestellt wurden, wurde unserem bisherigen Landwehrmanns Lebnicht, daß er nicht befördert werden könne, infolge einer Auskunft der Hagerer Polizei-Verwaltung. Um nun die nötige Zahl Unteroffiziere zu bekommen, wurde ein Polizeibeamter aus dem Kreise Schwelm, der nicht einmal Gezeiter war, am dritten Tage der Übung zum Gefreiten und am letzten Tage zum Unteroffizier befördert. Der Landwehrmann ist ebenfalls Vorstandsmitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes und politisch bekennt er sich zur christlich-sozialen Partei.

In einem anderen Falle liegt die Sache ähnlich so. Aus einem uns vorliegenden Briefe teilen wir folgendes mit: „Liebe Mutter! Am Montag wurden die Unteroffizier Aspiranten vorgestellt und muß ich Dir noch etwas mitteilen, was Dich auch vielleicht interessieren wird. Am Montag ließ mich der Hauptmann rufen, wobei er mir unter vier Augen folgendes sagte: Morgen werden nun die Unteroffizier Aspiranten vorgestellt. Das ist nun mit Ihnen eine verwickelte Sache. Wie Sie feinerzeit eintraten, wurden Sie vom Bezirkskommando Hagen als Sozialdemokrat überwiesen. Ich habe nun von Anfang an ein scharfes Auge auf Sie gehabt und habe Sie scharf beobachtet lassen. Und nun kann ich Ihnen mitteilen, daß ich Sie als Mensch sowohl als auch als Soldat schätzen gelernt habe. Und aus diesem Grunde habe ich Sie auch zum Gefreiten befördert, trotzdem Sie mir als Sozialdemokrat überwiesen waren. Ich für meine Person würde Sie nun an erster Stelle zum Unteroffizier vorschlagen, da ich Sie immer vor allen anderen bevorzugt habe, denn ich habe gesehen, daß Sie ein ebenso geschickter wie anständiger Mensch sind. Leider aber liegt dieses nicht in meiner Macht. Denn wenn Sie zum Unteroffizier befördert werden, würde vom Hagerer Bezirkskommando ein langes Schreiben ankommen, wie wir Sie zum Unteroffizier befördern können, da es so und so mit Ihnen steht. Und nun frage ich Sie als Hauptmann: Sind Sie Sozialdemokrat oder nicht? Als ich ihm nun sagte: Nein, sagte er: Ich weiß ja ganz genau, worin ich mit Ihnen bin, aber dennoch muß ich Sie fragen. Mein Vertrauen ist allerdings schon oft mißbraucht worden, aber ich kann Ihnen sagen, daß ich mich in Ihnen nicht getäuscht habe. . . . Und nun frage ich Sie, mir mal aufrichtig zu sagen, wie ich Sie in den beiden Jahren behandelt habe. Als ich ihm nun sagte, daß ich sehr gut behandelt worden sei, sagte er, daß er das nicht anders erwartet hätte. Er wollte nicht, daß wir, wenn wir einmal abgegangen wären, sagen könnten, daß es so und so beim Militär wäre, das wollte er sich nicht nachsagen lassen. . . . Auch dieser junge Mann dürfte politisch der Zentrumsparterie angehören. Freilich gehören alle drei nicht der freisinnigen Volkspartei an. Sollte dies etwa der Grund sein, daß Leute mit ehrbarer Gesinnung von einer freisinnigen Polizeiverwaltung als Sozialdemokraten denunziert werden? Da wird es einem auch klar; warum viele junge Leute beim Militär als Sozialdemokraten bezeichnet und bei jeder Gelegenheit mit allen möglichen „Liebenswürdigkeiten“, „ausgezeichnet“ werden. Nicht überall finden wir Offiziere mit einer so edlen Gesinnung, wie der Hauptmann der 12. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 138, den man wirklich hochachten muß und der anscheinend mehr Menschenkenntnis besitzt wie die Hagerer Polizeiverwaltung. Man kann es verstehen, wenn der junge Reservist mit Bezug auf seinen Hauptmann schreibt: „Liebe Mutter! Und nun sage selbst, ist das nicht schön von meinem Hauptmann? Ich werde ihm das auch zu danken wissen.“

Hoffentlich wird diese Angelegenheit auch noch an anderer Stelle erörtert werden. Die Hagerer Polizeiverwaltung hat sich aber durch diese Art von Auskunfterteilung — die zur schärfsten Kritik herausfordert — das denkbar schlechteste Zeugnis ausgespielt. Daß man auf diese Weise das „Patriotische“ und „nationale Bewußtsein“ häßlich, büßte mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Der Ansicht sind wir auch.

Staatsanwälte organisiert Euch!

So ruft ein Staatsanwalt in einem Berliner Blatte seinen Berufscollegen zu, weil er mit der Gehaltsverh. ung an d. U. h. der a. l. g. e. m. e. i. n. e. n. V. e. h. a. l. t. a. u. s. b. e. s. s. e. r. u. n. g. der Beamten in Preußen nicht zufrieden ist. Das Höchstgehalt soll statt bisher 6000 nach der neuen Vorlage 7200 Mark betragen bei einem Anfangsgehalt von 3000 Mark. Davon könne nur ein Lediger, aber kein Familienvater bei der jetzigen Teuerung leben. Deshalb sei ein „Gefühl grenzenloser Erbitterung“ in ihm aufgestiegen. Dann schreibt er weiter:

„Jetzt gilt es, zu zeigen, daß sie sich nicht weiter wie geduldige Schafe scheeren lassen wollen. Schließt Euch zusammen. Ihr Richter und Staatsanwälte! Gründet Vereine, aber nicht, um gelehrte Fragen zu erörtern, sondern um Eure Standesinteressen zu wahren, um zu beraten, wie es möglich ist, der Regierung das abzurufen, was Ihr für Eure Frauen und Kinder braucht, was Ihr haben müßt. Von selbst tut sie nichts für Euch, zeigt, daß Ihr auch fordern könnt. Nicht ein Gnabengesicht ist es, was Ihr verlangt, sondern Euer gutes Recht, das Euch werden muß.“

Darum auf zum Kampf!

Für uns organisierte Arbeiter ist dieser Kampf um eines Staatsanwaltes äußerst interessant und lehrreich. Interessant deshalb, weil bis heute leider auch noch viele Staatsanwälte Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter sind, ob bemußt oder unbemußt, ist belanglos. Nunmehr rufen sie selbst nach der Organisation, jetzt wollen sie dasselbe Recht für sich praktisch in Anwendung bringen, daß sie den Arbeitern leider allzu häufig illusorisch gemacht oder erschwert haben. Hoffentlich werden auch die Staatsanwälte jetzt erkennen lernen, daß der Organisationsgedanke durchaus berechtigt und nichts fittlich unerlaubtes sei, und demgemäß auch die Gewerkschaften der Arbeiter betrachten und behandeln.

Wenn aber die Herren Beamten schon mit Gehältern von 3000 bis 7200 Mark Gehalt nicht mehr bestehen können, um wie viel mehr haben die Arbeiter ein Recht, auf eine Erhöhung ihres Lohnes hinzuwirken, da viele von ihnen mit Jahreseinkommen von 1000 Mark, manchmal noch weniger, ihr Auskommen suchen müssen. Auch für die Arbeiter ist und bleibt hier der einzige erfolgversprechende Weg die Organisation.

„Verabscheuungswürdige Naturen“.

Schärfere Saiten anzuziehen gegen die faulenflüchtigen und die Außenleiter, b. h. die unorganisierten Unternehmer, verlangt ein Einsender in der „Mitteldeutschen Arbeitgeberzeitung“. Nachdem er die Vorteile des Arbeitgeberverbandes gepriesen, ob mit Recht oder Unrecht lassen wir dahingestellt, und die Laune bei vielen Arbeitgeberverbandsmitgliedern auf das Konto des durch den Tarifvertrag geschaffenen Freiens zurückgeführt, schreibt er:

„Für mich sind Anschauungen, als könne man heute noch ganz gut ohne Verband existieren, kindisch. Ich kann Arbeitgeber, die derartige Anschauungen hegen, nicht als existenzberichtet und als ernste, den Zeitgeist beobachtende Männer anerkennen. Es sind zumehst auch Egoisten, die andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen und die Frucht ernten wollen, die andere gesät. Verabscheuungswürdige Naturen, für die der eiserne Felsen zum Wegfegen von der Wirtfläche wohl das Beste wäre. Die Verbandsleitung möge einmal ernstlich erwägen, wie den faulenflüchtigen und den Außenleitern, die nichts als Egoisten sind und nur aus egoistischen Gründen den Verband meiden, beizukommen ist und wie diesen der Genuß der Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder — mitunter unter großen Opfern der letzteren — errungen, entzogen werden kann. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns, und keiner hat das Recht, an unseren Errungenschaften teilzuhaben, der nicht in unseren Reihen steht. Eine große und dankbare Aufgabe unserer Verbandsleitung ist es deshalb, Mittel und Wege zu suchen, die alle von den Vorteilen ausschließen, die nicht in unserem Verbands sind. Ist dieser bedeutungsvolle Schritt gelungen, und er muß gelingen, so werden auch die paar Mark Verbandsbeitrag gerne bezahlen, die sich heute davon zu brüden suchen.“

Wenn Arbeiter sich gegen ihre unorganisierten Berufscollegen eine solche Sprache erlauben, dann ist das „unerlaubter Druck“ oder vielmehr sogar „Terrorismus“ in den Augen vieler Unternehmer. Hoffentlich kommt noch recht vielen die bessere Erkenntnis vom Wert des Zusammenschlusses und vom Unwert der Indifferenten, die nur als Schmarotzer da ernten wollen, wo andere gesät haben.

Wind gefät — Sturm geerntet.

Der Radikalismus, wie er von den sozialdemokratischen Parteibogymatieren der Masse gepredigt und anezogen wird, treibt allgemach die traurigsten Blüten und trägt sich oft genug schließlich gegen die eigenen Führer. Der Disziplinbruch beim Stettiner Arbeiterstreik und beim Kampf der Berliner Bauarbeiter sind nach der Richtung hin ja noch in

früher Erinnerung. Aber auch in sozialdemokratischen Parteibetrieben tritt es zu Tage, daß sich die mit den roten Phrasen gepöbelten Arbeiter gegen die eigenen Genossen, die an der Spitze der Betriebe stehen, auflehnen und jede Ordnung und Disziplin durchbrechen. Ein bezeichnender Fall dieser Art wurde letzthin aus Hamburg gemeldet. Die unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumvereine haben auch die Produktion von Waren in ihre Tätigkeit aufgenommen und mehrere Fabriken errichtet. An der Spitze des Unternehmens, das sich „Produktion“ nennt, steht der bekannte sozialdemokratische Genossenschaftsführer, früherer Reichstagsabg. v. Elm, der in seiner Eigenschaft als sozialistischer Unternehmer schon manche schwere Stunde mit den ihm unterstellten Genossen erleben mußte.

Kürzlich nun hat sich folgendes zugetragen: Ein Maschinenist aus dem Betriebe der „Produktion“ hatte, wie das „Mein“ berichtet, den Betriebsleiter einen Fiegl erhalten und ein Rindvieh genannt und darauf die Kündigung erhalten. Das fanden aber nicht nur der Maschinenist, sondern auch seine Spezialfreunde nicht in der Ordnung. Sie veranstalteten eine planmäßige Agitation, wie sie es von Herrn v. Elm und anderen Führern gelernt hatten, und erwiesen sich als würdige Schüler ihrer Meister. Die Generalversammlung beschloß die Wiedererteilung des höflichen Maschinenisten, obgleich ein solcher Beschluß dem ausdrücklichen Wortlaut der Satzungen widersprach. Genosse v. Elm erhob vergebens Einspruch gegen ein derartiges Verfahren. Die Genossen riefen oder vielmehr brüllten ihm zu: „Tyranne, Diktator, hatt will ee'n Sozialdemokrat sein, warst bi wunnern!“ Herr v. Elm wunderte sich auch, da er den Genossen so etwas nicht zugetraut hatte. Er arbeitet jetzt fieberhaft für eine neue Generalversammlung, um die Beschlüsse der vorigen umzusetzen. In einem Rundschreiben schildert er die Gefahr für die Genossenschaft und warnt davor, „mit dem demokratischen Prinzip Schindluder zu spielen“. Gegenüber dem Vorwurf der Verschleppung bemerkt er, in kapitalistischen Betrieben würde eine solche Sache schneller erledigt; wer aber die Vorteile einer demokratischen Institution genießen will, müsse sich auch deren „langsameres Funktionieren“ gefallen lassen.

Ein sehr lehrreicher Fall! Da steht man, wohin es führt, wenn das demokratische Prinzip überspannt wird und die Köpfe der Arbeiter mit radikalen Phrasen vollgepöbelt werden. Dieser Ultraradikalismus ist der schlimmste Feind jedes gesunden Fortschritts und aller sozialen Ordnung.

„Berliner“ Reherichtet.

Bekanntlich besteht das beliebteste Agitationsmittel des „Berliner“ Facharbeiter darin, die katholischen christlichen Gewerkschaftler als weniger zuverlässige Katholiken zu verkettern und sie der Untergrabung der kirchlichen Autorität zu bezichtigen. Die Nebenwendung von der Untergrabung der kirchlichen Autorität hört sich wirklich im Munde der Fachabteilungsanhänger gut; ist doch gerade unter diesen ein Fanatismus zu finden, der nur den Grundsatzen kennt: „Unserm König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Dabon folgende Proben: In der Pfarrei Burbach in W. Burbach (Saar) steht die Geistlichkeit, seitdem es eine Gewerkschaftsfrage gibt, auf Seiten der christlichen Gewerkschaften. Seit Jahren besteht am Orte auch ein blühender Arbeiterverein mit circa 600 Mitgliedern, der nur den einen Fehler hat, nicht dem Berliner Verband anzugehören und auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften zu stehen. Was machen da die Arbeitersekretäre der Fachabteilungen? Sie mißachten die Autorität der Ortsgeistlichkeit und gründeten in dieser Pfarre einfach auf eigene Faust einen zweiten Arbeiterverein nach Berliner Muster. (Siehe Nr. 41 Der deutsche Metallarbeiter.) Bekannt ist auch der kaum glaubliche Vorgang, daß der Fachabteilungssekretär Bull (Breslau) einem Geistlichen mit Denunziation beim Bischof drohte, weil der betr. Geistliche den „Berlinern“ nicht zu Willen sein wollte. Wenn das ein katholischer Führer der christlichen Gewerkschaften gewagt hätte, wären die Herren in der Berliner Kaiserstraße vor „Scham errötet“, daß so etwas möglich sei. So aber hätte es ihnen in den Aram und sie schwiegen zu der Leistung Bulls.

Ein anderer Fall, der schon etwas zurückliegt, wird der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ gemeldet: Ein früher in Thale a. S. ansässiger Arbeiter schreibt dem genannten Blatte:

„Als i. Jt. der Arbeitersekretär Richter vom Verband „Sich Berlin“, zu dem wir gehörten, zwecks Abhaltung einer Agitationsversammlung für unsern Verein nach Thale kam, sagte ihm der Präses, Vikar K., was er bereits bei ähnlichen Gelegenheiten den Herren Ue. Journelle und Dr. Fleischer gesagt, nämlich, daß er die kath. Fachabteilungen in seinem Vortrage nicht berühren solle. Es bestesse zwischen dem Verein und den christlichen Gewerkschaften das denkbar beste Verhältnis; das dürfe nicht gestört werden. Was tat Herr Richter? In der öffentlichen Versammlung hielt er sich an den Wunsch des Präses, aber nachher suchte er in einer vertraulichen Sitzung der Vorstandsmitglieder diese für die Gründung von Fachabteilungen bereit zu schlagen, natürlich hinter dem Rücken des Präses. Er führte ungefähr aus: „Wenn es uns nur gelingen würde, 6—10 Mann für die Fachabteilungen zu gewinnen, so würden wir sie hier doch gründen, wenn auch der Vikar dagegen ist. Wir gründen einfach eine Zählstelle, da brauchen wir keinen Geistlichen.“ So müßen wir es auch in anderen Orten machen, wo die Geistlichen gegen die Gründung von Fachabteilungen sind.“ Herr Richter blühte damals ab.

Ähnlich erging es dem Herrn Liebich. Als er in Magdeburg als Sekretär angestellt wurde und seinen ersten Besuch in Thale machte, begleitete ich ihn zu unserm Herrn Vikar. Auch dieser Herr erhielt die Anweisung, den Frieden hier nicht zu stören. Alle Einwendungen des Herrn Liebich, daß er seine Nebenposition bereits ausgearbeitet habe, daß ihm früher Mitteilung über sein Verhalten gemacht hätte werden müssen, daß er dann nur ein lächerliches Referat halten könne usw., halfen nichts. Der Herr Präses erklärte ihm kurz und bündig: Die Herren in Berlin, die da geschickt, hätten die Stellung des Präses in dieser Kraas nicht gekannt und ihn herabwürdigen lassen.

... er es irgend einer Weise für die Propaganda machen oder die christlichen Gewerkschaften angreifen würde, würde ihm das Wort entzogen werden müssen. Es folgte die Versammlung und der Vortrag des Herrn Glebach. Nachdem er seine Freude über das gute Einverständnis zwischen kath. Männerverein und christl. Gewerkschaften ausgedrückt hatte, legte er einige Proben seiner Achtung vor der Autorität unserer katholischen Geistlichkeit ab. In Gegenwart des Herrn Marx Nieme zog er in unerhörter Weise über die Geistlichkeit Magdeburgs her, speziell über den Herrn Propst, der ein Freund der christlichen Gewerkschaften war. (Wir unterbreiten aus bestimmten Gründen die mitgeteilten Einzelheiten, D. M. d. W. A.-Stg.) Die Ausführungen waren derart, daß sie aus der Mitte der Versammlung heraus als eines Katholiken unwürdig bezeichnet wurden. Glebach hat seine Behauptungen heimlich weiterbetrieben und hat sein Ziel, Spaltung des Vereins, denn auch glücklich erreicht.

Sch wollte diese Erfahrungen, die ich selbst miterlebt habe, den Lesern der „Westdeutschen“ nicht vorenthalten. Meine Darlegungen zeigen, wie wenig Berechtigung die Herren der Berliner Fachabteilungen haben, die christlichen Gewerkschaftler des Mangels an Achtung vor der geistlichen Autorität zu zeihen.

Die von den „Reklame“ so viel gerühmte Konsequenz scheint bei der Beachtung der christlichen Autorität völlig ohne belang zu sein. Sie erstreckt nur dann in Demut vor der Autorität, wenn letztere auf ihrer Seite steht. Ein vortrefflich netter Autoritätsbegriff!

Gie die christlichen Gewerkschaften.

Zur Gewerkschaftsfrage: bemerkt der Mecklenburgische Arbeiterbote, das Organ des neu gegründeten mecklenburgischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine am Schlusse eines den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften scharf beleuchtenden Artikels:

„Gegenüber diesem gewaltigen Drängen der sozialdemokratischen Verbände gilt es diejenigen, die sich die Freiheit ihrer Entschliessungen wahren wollen, zu schützen. Darum kann der Ruf nicht oft und laut genug in das Gemissen der Arbeiter, die ein Bedürfnis nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß haben, hineingetragen werden: Organisiert Euch in den christlichen Gewerkschaften. Die Bedeutung derselben liegt vor allem darin, daß sie, zu starken Arbeiterorganisationen angewachsen, der Sozialdemokratie immer mehr das Recht nehmen, sich als alleinige Vertreterin der Arbeiter hinzustellen. Die christlichen Gewerkschaften sind aber zugleich das Mittel und zwar das einzig wirksame, den Terrorismus der Sozialdemokratie zu brechen und die Arbeiter, die unter diesem unglaublichen Drucke leiden, zu befreien. Hier gibt es nichts anderes als Selbsthilfe.“

Die Kirch-Dienstlichen Blätter werden diese Stimme aus evangelischen Arbeiterkreisen wohl nicht abdrucken. Ihr brünstiges Liebeswerben nach der Achtung hln hat bis dato herzlich wenig Erfolg gehabt. Sie haben überall Pech, wo sie nur anklopfen.

Ein krasser Terrorismusfall.

Die sozialistischen Gewerkschaften Württembergs entwickeln sich immer mehr nach der radikalen Seite hin. Dem Gaustraktor Terror an einem christlich organisierten Schneider reiht sich ein neuer, alles bereits Dagewesene in den Schatten stellender Terrorismusfall an einem 59-jährigen christlich organisierten Metallarbeiter in Esslingen ebenbürtig an die Seite. Er beweist den „Kulturwert“ der in den freien Gewerkschaften geübten „Erziehung“ drastisch.

Bei der Firma D. in Esslingen arbeitete der 59-jährige christlich organisierte Metallarbeiter Sch. Wegen seiner Zugehörigkeit zu unserem Verbands hatte er andauernd unter den Belästigungen eines sozialistischen Gewerkschaftlers Keller zu leiden. Sch. verließ seine Arbeitsstätte und wurde von der Firma D. eingestellt. Auch hier hatte Sch. als einziger christlich organisierter Arbeiter fortgesetzt die mühseligen und freudlosen Nebenarbeiten der mit ihm arbeitenden sozialistisch organisierten Arbeiter zu ertragen. Beteiligt waren dabei die „Genossen“ Wüst und Frech. Die beiden Namen scheinen beeinflussend auf den Charakter der sozialistischen Größen eingewirkt zu haben. Bei der Arbeit am Feuer ging dem Sch. eines Tages durch das Verschulden eines Lehrlings ein Meißel entzwei. „Genosse“ Wüst forderte von Sch. die sofortige Reparatur des Meißels, weil er ihn brauche. Diese Forderung wiederholte sich dreimal. Beim dritten Male warf der Wüst-Genosse den Meißel dem Sch. vor die Füße. Der legte den Meißel wieder an seinen Ort mit dem Bemerkten, Wüst habe nichts zu befehlen, er solle nicht glauben, Sch. werde sich von ihm als Schuldbuben behandeln lassen. Darauf packte der „Genosse“ Wüst den 59-jährigen Sch. an der Brust, ihn mit rohen Worten überschüttend. Sch. beschwerte sich darüber bei der Firma D. Herr D. stellte den „Genossen“ Wüst zur Rede. Der versuchte die ganze Sache abzuleugnen, Sch. erklärte aber auf das Bestimmteste, daß seine Angaben der Wahrheit entsprechen. Herr D. diktierte dem kaufmännigen „Genossen“ deshalb eine Strafe von einem Tageslohnabzug, passe ihm das jedoch nicht, so könne er sofort die Urva niederlegen. Die gleiche Strafe sollte auch den „Genossen“ Frech treffen, weil er den alten Mann auch andauernd belästigt hatte.

Nachdem Herr D. den Arbeitsaal verlassen hatte, beschloß der „Genosse“ Wüst in Gegen-

wart des Vorarbeiters Weltbrecht den Sch. von hinten und schlug ihn in rohester und gemeinster Weise mit der Faust auf den Kopf und ins Gesicht. Das wiederholte sich später noch einmal, weshalb Sch. den Vorarbeiter Weltbrecht aufforderte, Herrn D. zu holen, er sehe sich schulplos. Kaum war Weltbrecht aus dem Saal hinaus, als der „Genosse“ Wüst wieder um den alten Mann packte und auf ihn einschlug. Sch. wollte jetzt die ungastliche Arbeitsstätte, wo er ja seines Lebens nicht sicher war, verlassen. Wüst aber vertrat ihm den Weg mit der Drohung: „Wenn du das Maul nicht hältst, dann schlage ich dich unter die Werkbank hin.“ Herr D., welcher in den Arbeitsaal kam, schaffte durch die sofortige Entlassung des Wüst-Genossen Ordnung.

Wenige Tage später stellte sich „Genosse“ Wüst in der Wohnung des christlich organisierten Sch. ein und wollte mit einem Zehnmarkstück seine begangenen Noheiten aus der Welt schaffen. Sch. ging darauf nicht ein. Die Angelegenheit wurde einem Rechtsanwalt zur Verfolgung übergeben. Auf dessen Aufforderung an Wüst, sich mit Sch. zu einigen, erhielt letzterer vom sozialistischen Arbeitersekretär Stuber-Ehlingen eine „Vorladung“ vor das sozialistische Arbeitersekretariat. Sch. ging auch hin. Dort machten die „Genossen“ ihm den Vorschlag, sie wollten ihm den Lohnausfall für die mit dem Vorfall verbundenen sechs arbeitslosen Tage, die Kosten des Anwaltes und des Rechtsanwaltes vergüten. Ein Schmerzensgeld zu zahlen lehnten sie ab. Darauf ging Sch. nicht ein. Die Sache nimmt ihren weiteren Verlauf. — Was sagt die sozialdemokratische „Mecklenburger Arbeiter-Zeitung“ zu diesem Fall? Ist das auch wieder „christlicher Schwundel“, oder wird sie endlich den Wüst finden, diese Noheiten ihrer Anhänger zu verurteilen und auf ihre Besserung hinzuwirken?

Aus dem Unternehmerlager.

Schutzverband gegen Streikschäden.

Der von der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ gebildete „Schutzverband gegen Streikschäden“ weist insofern jetzt eine Notierung auf, als für diejenigen Arbeitgeber, die keinem zentralen Arbeitgeberverbande angehören, es möglich gemacht worden ist, dem Schutzverband democh beizutreten, obwohl in der Regel der Schutzverband mit seiner Beihilfe erst eingreifen soll, nachdem der Industrieverband seinerseits die erste und hauptsächlichste Entschädigung der vom Streik oder Ausperrungen betroffenen Arbeitgeber übernommen hat. Der Schutzverband ist in diesem Falle nur eine Art Rückendeckung. Jetzt ist aber auch für Arbeitgeber, die keinem zentralen Zweigverbande angehören, eine besondere Gruppe des Schutzverbandes gegen Streikschäden gebildet worden. Für diese Gruppe ist ein Jahresbeitrag von 3 Mark auf 1000 Mk. der von jedem Mitgliede an seine Arbeiter gezahlten Lohnsumme pro Jahr normiert worden. Dafür wird dann die Entschädigung bei Streiks oder Ausperrungen so bemessen, daß der Schutzverband 25 Proz. desjenigen Lohnes auszahlt, der auf die streikenden oder ausgeperrten Arbeiter entfallen würde. Die Erfahrung hat den Arbeitgebern gelehrt, daß niedrige Beiträge nicht ausreichen. Verbände, die nur Beiträge von 1 oder 2 Mark pro Mille für ihre Streikentschädigungskasse erheben, werden als nicht leistungsfähig bezeichnet. Es gehen daher immer mehr Arbeitgeberverbände dazu über, den Beitrag auf 3 Mark pro Mille zu erhöhen. Arbeiter, lernt daraus!

Streiks und Lohnbewegungen.

Zum Feilenarbeiterstreik bei der Firma Klein in Lindlar.

Lindlar, ein niedlicher, sonst überaus ruhiger Ort im oberbergischen Lande, ist gegenwärtig der Schauplatz eines hartnäckigen Kampfes. Seit nunmehr 10 Wochen stehen vornehmlich bei der Firma K. Klein unsere Kollegen in einem Abwehrstreik. Angesichts der ungeheuer erbärmlichen Löhne hierorts ist es sehr erklärlich, daß die Kollegen, trotzdem die Schwierigkeiten eines wirtschaftlichen Kampfes in der jetzigen Zeit nicht verkann werden dürfen, dennoch zum letzten Mittel, zur Arbeitsniederlegung griffen. Denn in die Verhältnisse der Feilenindustrie eingeweihten erscheint es fabelhaft, wenn er die Akkordpreise der Firma Klein denen, die anderwärts gezahlt werden, gegenüberstellt. In Nummer 36 unseres Organs zeigten wir bereits an mehreren Beispielen die gewaltigen Preisunterschiede.

Die hier verbreiteten Tageszeitungen, namentlich die „Vergische Wacht“ und das „Wipperfurter Volksblatt“ trugen durch Veröffentlichung der Tatsachen gleichmäßig zur Klärung der Sachlage bei. Diese unabweisbaren nackten Wahrheiten trieben die Firma zu Rechtfertigungsversuchen. Durch Erklärungen in der Presse laßt die Firma mit bewundernswürdiger Dreistigkeit, die ansehnliche zum Preisvergleich angezogenen

Feilenorten seien „Lehrlingsorten“. Verleitet man jedoch sämtliche Akkordpreise, dann sieht man, in welcher plumper Weise die Firma die Deffantlichkeit dieser Behauptung zu täuschen versucht. Sämtliche Hauptpreise der Platt-, Drei- und Vierkant-Feilen gegenübergestellt ergeben: Der niedrigste Unterschied im Preise zwischen Nemscheid und Lindlar ist 30 Pfg., der höchste Unterschied 90 Pfg. bei Vastard-Feilen. Bei 1/2 Schlicht-Feilen gleicher Sorten ist der niedrigste Unterschied 43 Pfg., der höchste 1,25 Mk., bei Schlicht-Feilen der niedrigste 61 Pfg., der höchste Unterschied 3,76 Mk. pro Duzend. Die Schmelzpreise sind gleichfalls bei der Firma Klein um 2 bis 66 Pfg. niedriger wie in Nemscheid. Gegenüber den in Köln üblichen Preisen ist die Differenz noch erheblich größer.

Als Durchschnittsverdienst erzielten 10 Arbeiter in 11 Tagen bei einer täglichen Arbeitszeit von 11 Stunden pro Mann 26,11 Mk. In heller Entrüstung erklärt die Firma: „es seien bei dieser Berechnung die Löhne von 4 Lehrlingen bzw. Kinder unter 14 Jahren mit einbegriffen“. Diese Behauptung der Firma ist gleichfalls unwar. Unsere Durchschnittsberechnung erstreckte sich nur auf auf einzelne Meisters. Bleiben wir die Löhne aller Arbeiter (Lehrlinge und einige Halbinvaliden immer noch ausgenommen) in Betracht, dann ergibt sich ein Durchschnittsverdienst von 35,41 Mk. in 11 Tagen oder pro Tag 3,22 Mk. Die tägliche Arbeitszeit ist 11 Stunden, sodas ein Stundenverdienst von 29/10 Pfg. Durchschnittslohn ist. Und an diesen erbärmlichen Löhnen will die Firma noch eine Reduzierung von 10 und 15% vornehmen.

Nach Befragung des Abzuges haben die Arbeiter sofort alles versucht, um eine Verhandlung und Verständigung mit der Firma zu erzielen. Alle Versuche wies die Firma zurück. Ein Gesuch der Arbeiter, mit dem Verbandsvertreter oder einer Arbeiterkommission zu verhandeln, ließ die Firma unbeantwortet. Ein weiteres Schreiben kam an den Absender zurück mit dem Postvermerk „Annahme verweigert“. Schon während der Kündigungszeit bemühte sich der Herr Bürgermeister Meißler von Lindlar in hofenswerter Weise, um die Firma zu Verhandlungen zu bewegen. Alles scheiterte an dem Starrsinn der Firma.

Nach mehr als wöchentlichem Kampfe unternahm der Herr Bürgermeister nochmals den Versuch, die Firma anzuschreiben. Am 18. Okt. gab dann auch die Firmeneinhaberin dem Herrn Bürgermeister die Erklärung ab, daß die Firma gewillt sei, auf dem Bürgermeisterramte unter dem Vorfise des Herrn Bürgermeisters in Verhandlungen einzutreten. Diese Zusage geschah während der Abwesenheit des Buchhalters der Firma Schauss, aus Nemscheid gebürtig. Dem allgemeinen Urteil zufolge übt dieser Mann mehr Einfluß auf die Verhältnisse des Betriebes aus, als die Fabrikhaberin selbst. Wie dem auch sei, am 21. Okt. (nach Rückkehr des Buchhalters) lehnte die Firma es ab, auf dem Bürgermeisterramte zu erscheinen. Der Herr Bürgermeister und die Kommission begaben sich zum Betriebe, um im weitestläufigsten eine Schlichtung seitens der Firma und zum Schluß das „großmütige“ Anerbieten anzuhören: „Wenn die Arbeiter gewillt sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, dann wähle ich diejenigen aus, die ich einzustellen gedente. Der Abzug bleibt wie angelegt 10 und 15%.“

Angesichts dieser ungeheuren Zumutung beschloffen die Arbeiter in geheimer Abstimmung einstimmig, den Kampf bis zum äußersten weiterzuführen.

In voller Eintracht stehen die Arbeiter zusammen. Als „Ketter der Firma“ produziert sich nur ein Mann, der Wert darauf legte, Meißler genannt zu werden und ein halberwachsener Burische. Die öffentliche Meinung ist durchaus auf Seiten der Streitenden. Den Kollegen blieb kein anderer Weg, unter solchen Bedingungen werden dieselben niemals die Arbeit aufnehmen. Die Firma gibt sich alle erdenkliche Mühe, um anderwärts ihre Feilen bearbeitet zu bekommen. An die Feilenhauer allerorts, namentlich in Nemscheid, Freilingsdorf, Scheel, Rente sowie im übrigen bergischen Land richten wir den dringenden Appell, Streikarbeit zu vermeiden. Die Firmenzeichen der Firma Klein sind: Kinderwagen, Bischofsmütze, Fez (Türkenmütze), 2 Hämmer, 2 Schlüssel, 2 Herte (je gekreuzt), ferner Schraubendreher, eine Krone und drei Kronen.

Zweckdienliche Angaben bitten wir an die Bezirksleitung unseres Verbandes, Köln, Friesenwall 110, gelangen zu lassen.

Kollegen im bergischen Lande wie allerwärts, lernt aus diesen Vorgängen! Schließt Euch zur Wahrung und entschiedenen Vertretung Eurer Interessen dem christlichen Metallarbeiterverbande an! C. Sch.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Widlar Bez Köln. Die Arbeiter der Feilfabrik W. e. R. Klein stehen im Streik infolge von Alfordreduzierungen von 10—15%.

Ziachen. Bei der Firma J. E. & W. Numpen, [Nadelfabrik] stehen die Richter im Streik.

Plettenberg. Bei der Firma Carl Rheinländer, Stahlgabelfabrik und Gesenkschmiederei sind die Arbeiter ausgeperrt.

Malen (Wittbg.) Im Kettenchmiedgewerbe sind wegen Nichtinhaltung der getroffenen Vereinbarung seitens der Arbeitgeber Differenzen ausgebrochen.

Waldhof bei Mannheim. Bei der Firma Rudolf Otto Walter stehen die Arbeiter behufs Abwehr von Lohnabzügen im Streik.

Bremen. Hier selbst sind die Holzschmiedereiarbeiter ausgeperrt.

Schwelm. Die Arbeiter der westfälischen Holzschraubenfabrik W. e. R. & Co. m. p. stehen im Streik. Bezug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. Novbr. 1908 der sechshundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 15. November fällig.

Die Ortsgruppe Weislingen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pf.

Die Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschrift, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Luisburg, Sellenstraße 19 zu adressieren.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Anzahl der Wanderunterstützung werden vor einem Schwindler gewarnt, der auf den Namen Ferd. Otto Franz Wanderunterstützung erheben will. Derselbe gibt vor, sein Mitgliedsbuch wäre an der Zentrale und will deshalb ohne Mitgliedsbuch und Reiselegitimation Unterstützung erheben. Wir machen darauf aufmerksam, daß ohne Mitgliedsbuch und Reiselegitimation keine Unterstützung ausbezahlt werden darf.

Zur Beachtung.

Da unser Geschäftsbericht zur Münchener Generalversammlung nahezu vollständig vergriffen ist, werden diejenigen Ortsgruppen ersucht, die noch unverkaufte Exemplare in ihrem Besitz haben, dieselben sobald wie möglich an die Zentrale zurückzuführen.

Aus dem Verbandgebiet.

Rhein-Deut. Ein „herzliches Einvernehmen“ besteht zwischen der Firma van der Hyphen u. Charlier in Köln-Deutz und einem gewissen Teil ihrer Arbeiter. Dieses gute Einvernehmen muß natürlich sorgfältig gepflegt werden, damit diese seltene Pflanze in unserer materialistischen Zeit nicht zu Grunde gehe. Deshalb war es auch im vergangenen Jahre notwendig, einen Jubiläumsverein zu gründen. Ein sehr tüchtiger Vorstand in der Person eines ehemaligen eifrigen „Genossen“ war bald gefunden und so konnte denn die gegenwärtige Tätigkeit beginnen.

Vor einigen Wochen konnte der Jubiläumsverein sein erstes Stiftungsfest feiern. Kein Wunder, daß dies wichtige Fest gebührend gefeiert wurde, galt es doch, den schon länger bestehenden Bruderverein, dem Fabrikarbeiterverein und Turnverein Konkurrenz zu bereiten. So mußte denn die Tagespreise in fast spaltenlangen Berichten über diese wichtige Begebenheit zu erzählen. Besonders sei betont, daß Herr Direktor Baurat Köttgen die Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgeber und -nehmer ganz besonders hervorhob. Die Firma freute sich, einen Stamm altbewährter treuer Arbeiter zu haben und schätzte ihn hoch. Sein Hoch galt dem Verein der Jubilare. Ein anderer Beamter, Herr Ingenieur Jürges, ließ sogar einen Arbeiter, den verdienstvollen Vorsitzenden Reinach, hochleben.

Es ist leicht erklärlich, daß sie, da eine große Anzahl von Arbeitern so wohl über, daß sie einfach er-

klären: „So lange wir bei der Firma van der Hyphen beschäftigt sind, brauchen wir keine Organisation!“

Kaum waren aber acht Tage vergangen, da zeigten sich die praktischen Resultate des schönen Einvernehmens. Es wurden Abzüge gemacht, welche bei manchem Arbeiter in 14 Tagen 10—12 Mark ausmachten. Ganz besonders davon beklagt wurde die Werkstätte, in welcher der Vorstand des Jubiläumsvereins tätig ist.

In einer anderen Werkstätte, in der Schreinererei, steht der Kalkulator den ganzen Tag mit der Uhr in der Hand neben den Deuten, um zu verhindern, daß eine Minute ungenützt verstreiche.

So sieht das herliche „Einvernehmen“ in Wirklichkeit aus, und mancher von den gefeierten Arbeiter soll sich schon in ganz im Stillen die Frage vorgelegt haben, ob denn doch jetzt eine Organisation gut zu gebrauchen wäre? Im Interesse der Arbeiterschaft wäre es gelegen, sich auf das Sprichwort zu besinnen: „Durch Schaden wird man klug!“

Mögen die Arbeiter der Firma van der Hyphen u. Charlier endlich einsehen, daß nicht im Fabrikgefängnis oder Turnverein, auch nicht im Jubiläumsverein ihre Interessen vertreten werden, sondern daß dies einzig und allein in der Organisation geschieht, und mögen sie durch massenhaften Zutritt das einbringen suchen, was sie bisher verkannt haben.

Bruchhausen. Eine der traurigsten Erscheinungen in unserem wirtschaftlichen Getriebe ist die Sonntagarbeit. In manchen Fabriken, wenn man behauptet, daß gerade die Sonntagarbeit es ist, die das Fortschreiten der Staatesorganisation hemmt. Denn nichts stumpft mehr Geist und Gemüt ab, wie die Sonntagarbeit. Den größten Schaden richtet dieselbe unter den Arbeitern der Großindustrie an. Die Arbeiter dieser Industrie sind auch bekanntlich am wenigsten organisiert.

Am traurigsten ist es mit der Sonntagarbeit auf dem hiesigen Thymianenbrennereibetrieb, Gewerkschaft Deutscher Kaiser bestellt. Hier herrscht aber auch ein Stumpfsinn und eine Geduldlosigkeit unter den Arbeitern, wie auf keinem der anderen hiesigen größeren Werke. Besonders die Hochöfen, die Thymianen- und Martinstühle sind es, wo jeder Arbeiter die Sonntagarbeit sozusagen als Privileg betrachtet. So wird z. B. in dem Thymianen- und Martinstuhl der Betrieb bis Sonntagmorgen bis ungefähr 7 und 7 1/2 Uhr aufrechterhalten. Im Thymianenstuhl wird auf Straße I und II jeden Sonntagmorgen bis 7 Uhr gearbeitet. Im Martinstuhl wird die letzte Charge gewöhnlich um 1/2 Uhr abgestochen. Da vor ungefähr 1/2 Monat wurde die letzte Charge um 7 Uhr Sonntagmorgen abgestochen. In einem solchen Sonntag müssen die Arbeiter an den Coquilien bis 9 Uhr morgens arbeiten.

Noch schlimmer müssen die Schlosser und Maschinenisten unter dieser Sonntagarbeit leiden. Sonntag auf Sonntag werden dieselben gezwungen, zu arbeiten. Nach § 105c der Gewerbeordnung ist der Arbeitgeber verpflichtet, denjenigen Arbeitern, welche jeden Sonntag drei Stunden arbeiten, von drei aufeinanderfolgenden Sonntagen den dritten ganz freizugeben. Nun müssen aber gewöhnlich die Reparaturarbeiter in obengenannten Betrieben jeden Sonntag durchschnittlich bis 12 Uhr mittags arbeiten.

Die Lokomotivführer der Schmalspurbahn der genannten Betriebe sind wohl am härtesten von der Sonntagarbeit betroffen. Diese Arbeiter müssen am ersten Sonntag 24 Stunden arbeiten, am folgenden Sonntag machen sie Reparatur bis 12 Uhr mittags. Wenn dann so ein Arbeiter zwei Monate hintereinander Sonntag für Sonntag regelmäßig gearbeitet hat und er nimmt sich mal einen Sonntag frei, so wird er gewöhnlich vom Meister ob solcher Dreifaltigkeit scheinlich angesehen. Deshalb wagen es die wenigsten Reparaturarbeiter, sich mal einen Sonntag freizunehmen. Arbeiter, die höchstens drei Sonntage im Jahre frei haben, sind in diesen Betrieben nichts Neues. (Wenn diese Angaben zutreffend sind — und wir haben keine Ursache, es zu bezweifeln — so ist doch die Frage sehr naheliegend: Was sagt denn die Polizeibehörde und die Gewerbeinspektion dazu? Ist hierzu die behördliche Erlaubnis erteilt worden oder nicht? etc.)

Durch diese anstrengende Arbeit wird der Alkoholgenuss in reichlichem Maße gefördert, denn wenn so ein Arbeiter Sonntag für Sonntag bis 12 Uhr, oder wie sehr häufig der Fall ist, bis sogar 4 Uhr arbeitet, so ist er gewöhnlich geistig so abgestumpft, daß er zur Anregung und zur Bekämpfung seines Glucks nach der Schnapsflasche greift. Was die Familie eines solchen Arbeiters darunter zu leiden hat, kann man sich leicht denken.

Schuld an diesen traurigen Verhältnissen haben zum größten Teil die Arbeiter der Gewerkschaft Deutscher Kaiser selbst. Dadurch, daß sie es nicht verstanden haben, sich rechtzeitig der Organisation anzuschließen, müssen sie solche Zustände geduldsig ertragen. Ihre absehbare Zeit ist noch nicht zu hoffen, daß diese Zustände dazu beitragen, daß diese Arbeiter aus ihrem Schlimmer erwachen und sich ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen. Eher wird es aber nicht besser werden. Dann erst wird auch für sie die Morgenröte einer besseren Zeit anbrechen. Darum endlich aufgewacht, ihr Dausenbe. Denkt und handelt nach dem Wort des Dichters:

Und wenn es dir oft hängt und grant;
Als sei die Höl' auf Erden;
Nur unverzagt auf Gott vertraut,
Es muß doch Frühling werden.

Magdeburg. Der Streit um Hütich hat auch nach Magdeburg seine Wellen geschlagen. Es handelt sich aber weniger um die Worte, die dort gefallen, das ist den Fachabteilungsdratziehern nur Mittel zum Zweck, als vielmehr um die Sache selbst. Es ist lediglich die Kampfweise der Fachabteilungen, die die niedrigsten Mittel nicht scheuen, um die höchsten Gewerkschaften und die laih. Mitglieder derselben zu verächtigen und zu verkleinden. Hierin liegt Ehem. Dange hat es gedauert, bis das Kartell der christl. Gewerkschaften hierzu Stellung nahm. Doch das Maß war endlich voll und so gestaltete sich die öffentliche Versammlung des christl. Gewerkschaftskartells am 25. Oktober zu einer wahren

Demonstration gegenüber der Kampfweise der christl. Fachabteilungen. Auch Herr Hütich mit etwa 20 seiner „Vertrauten“ hatte sich eingefunden. In 1/2stündiger Rede legte der Kollege H. Böhmke, Hannover, die große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften im deutschen Wirtschaftsleben gegenüber den Fachabteilungen dar.

Die Lage des Lohnarbeiterstandes in unserem heutigen Wirtschaftsleben macht es der Arbeiterschaft zur zwingenden Notwendigkeit, sich in Organisationen zusammenzuschließen. Sollen diese Organisationen ihren Zweck erfüllen, gegenüber einem organisierten Arbeitgeberstande, dann müssen sie auf einer möglichst breiten Basis aufgebaut sein. Das sind die christlichen Gewerkschaften, in denen auch die Überzeugung eines hohen christlichen Wertes gewahrt bleibt. Die christlichen Gewerkschaften haben bestrebt auch in den letzten Jahren so große Erfolge für die Arbeiterschaft erzielt, während die Fachabteilungen infolge ihres konfessionellen Charakters in der deutschen Tarifbewegung fast vollständig ausgeschaltet sind.

Die Fachabteilungen sind für die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Arbeiterorganisationen von großem Nachteil; nur die Sozialdemokratie kann an der Kampfweise der Fachabteilungen ihre Freude haben. „St. Berlin“ treibt ein gefährliches Spiel. Alle anderen Stände, Handwerker, Kaufleute, Landwirte, Fabrikanten, Kapitalisten usw. arbeiten mit Ausbeugung in wirtschaftlichen Organisationen zusammen und bis heute ist es den Herren von der Fachabteilung nicht eingefallen, hierin eine Gefahr für den Glauben zu erblicken. Nur wenn der Arbeiter sich mit seinen Leidensgenossen zusammenschließt, um für sich und seine Familie einige Pfennige mehr Lohn zu erlangen, dann liegt eine Gefahr für den Glauben vor. Aber auch nur dann.

In der Öffentlichkeit suchen die Fachabteilungen die geistliche Autorität für sich in Anspruch zu nehmen, in der Praxis: „Der Geistliche absolut, um er unsern Willen tut.“ In hiesiger Gegend liegen Fälle genug vor, wo die „Berliner“ Zahlstellen gegründet haben gegen den Willen der Ortsgeistlichen.

Herr Hütich suchte in der Diskussion durch eine Vorlesung von Zitaten seine Fachabteilungen zu retten, doch „ein Unglück kommt selten allein“. Er hatte u. a. gesagt: „die christlichen Gewerkschaften seien Klassenkampforganisationen“ und hatte schwere Beschuldigungen gegen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften erhoben. Als er von der Versammlungsleitung aufgefordert wurde, Worte zu erbringen für seine Anschuldigungen, ließ er dieselben schuldig. In seiner Not wandte er sich an seine Betreuer. Doch diese, auch diese — schwiegen, worauf die Versammlung in feierliche Stille überging. Die Beweise ist Herr Hütich heute noch schuldig. (Wenn Herr Hütich die christlichen Gewerkschaften Klassenkampfvereine genannt hat, so wird man ihn das nicht allzu krumm nehmen dürfen. Wie kann er, dem diese Weisheit auf die Walze mitgegeben wurde, den richtigen Begriff von Klassenkampf haben, da seine Lehrer in Berlin den größten Blödsinn darüber in die Welt setzten. Gegenüber den mit dem Berliner Richter vollgepackten Arbeitersekretären wollen wir wilde doch bessere Menschen sein und sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Redaktion.) Gegen Schluß der imposanten Versammlung waren denn auch die Fachabteiler immer weniger geworden.

Unsere christlichen Gewerkschaften hatten einen großen Tag. Man sah es den Kollegen an. Teilweise waren sie stundenweit herbei geeilt. Wohl selten hat eine solche Begeisterung geherrscht, wie an diesem Abend. Kollegen von Magdeburg und Umgebung! Mit der Versammlung darf es uns nicht genug sein. Soviel Worte, soviel Taten. Wir dürfen nicht eher ruhen und rasten, bis der letzte christliche Arbeiter unserer Organisation angegeschlossen ist.

Dortmund. (Sektion Kleingewerbe.) Durch unser Verbandsorgan müssen wir einmal einige ernste Worte und eine eindringliche Mahnung an unsere Kollegen richten. Es betrifft den Versammlungsbesuch, der oft viel zu wünschen übrig läßt. Ein treuer Gewerkschaftler macht es sich zur Pflicht, keine einzige Versammlung zu schwänzen, vor allen Dingen darf doch kein Vorstandsmitglied fehlen. Ein treuer, aber sehr kleiner Stamm von Kollegen erscheint in jeder Versammlung, doch der größte Teil glänzt durch Abwesenheit. Kollegen! Ein frischer Zug muß durch unser Kleingewerbe gehen, die Versammlungen müssen sich selbst interessant gestalten durch die verschiedenen Anregungen, die von den Kollegen ausgehen. Stehen uns doch ernste Zeiten bevor, und der kann nur einer Krise entgegenzehen, der auch voll und ganz seinen Mann stellen kann. Aber dieses ist doch bei den ungeschulten Kollegen unmöglich, die sich durch den Versammlungsbesuch keine Kenntnisse aneignen. Es ist doch gewiß sehr notwendig, daß eine gewerkschaftliche Aktion einsetzt; haben wir doch noch sehr niedrige Löhne für geleistete Arbeit zu verzeichnen. Der größte Teil der Arbeiter läuft plan- und ziellos umher, stört sich an keine Gewerkschaft und sucht im Vergnügungsbrummel sein Heil. Darum, Kollegen, fassen wir den Voratz, von nun ab ein tüchtiger Gewerkschaftler zu werden, keine Versammlung zu schwänzen und mit aller Energie zu arbeiten für unser Kleingewerbe. Darum auf, Mann für Mann zu der am 4. November stattfindenden Versammlung.

Wetzlar. Für die Arbeiter der hiesigen Schlossindustrie stehen wenig glänzende Zeiten bevor. Wegen der Verhältnisse infolge der allgemeinen Krise schon an und für sich nicht rosig, so ist in der hiesigen Schlossindustrie durch die ausbrechende ziellose Konkurrenz der Unternehmer unter sich die Lage noch besonders ernst geworden. Folgende Auslassungen der „Rhein-Westf. Btg.“ vom 31. Okt. lassen die Verwerrenheit der jetzigen Lage deutlich erkennen: „Nachdem in letzter Zeit die Konventionen für Radfabriken, zur Equoregel, zur Einsteck- und Einlaßschlüssel, für aufsteigende Schloßer kurz hintereinander aufgelöst worden sind, geht nunmehr auch die Konvention für unzugewogene Bandfabriken, Schloß- und Schlossschloßer, welche mehr als vier Jahre bestanden, und sehr segensreich gewirkt hat, ihrem Ende entgegen. Derselbe ist von der Schlossfabrik Aktien-Gesellschaft vorm. W. H. Schulte am 1. Januar 1909

ausgestellt worden und wird jedenfalls schon jetzt aufgelöst werden. Auch das Kellerschloß-Syndikat, welches noch besteht, hat die Auflösung beschlossen, und sind damit sämtliche Verbände, welche in der Welbeter Industrie bestanden haben, in die Geschichte gegangen. Die Preise haben infolge der Auflösung der verschiedenen Verbände einen starken Preisrückgang erfahren. Beispielsweise betrug der Preis für umgezogene Wandbrennapparate bisher für die Größe 2" 1,16 Mark pro Duzend, er wird jetzt nach der Auflösung des Verbandes auf 85 Pfg. heruntergehen und vielleicht noch tiefer fallen. Dabei wurden in der Konventionzeit die Apparete, wie z. B. für den bunten Schlüsselbart mit 10 Pfg. bezahlt, während solche nunmehr meistens ganz fortgefallen. Die durchschnittliche Jahresproduktion in umgezogenen Wandbrennapparaten, Schweizer- und Kellerschloßern betrug circa 400 000 Duzend, und kann darnach bemessen werden, welche große Summen durch den ungeordneten Wettbewerb fortgeworfen werden. Ähnlich verhält es sich bei den vielen übrigen Schloßarten, die hier in großen Mengen hergestellt werden. Die Preise sind meistens verlustbringend, und greift die Preisstückerel noch immer mehr um sich.

Die Hauptleidtragenden bei dieser Schmutzkonkurrenz sind in erster Linie die Arbeiter. Leider sind sie aber auch nicht von jeder Schuld an diesen Zuständen freizusprechen. Sätten sie bis zum letzten Mann ihre Pflicht als Arbeiter getan und sich gewerkschaftlich organisiert, dann hätten sie auf die Regelung der Produktion einwirken und sich vor allen Dingen ihrer eigenen Haut wehren können. Heute aber müssen sie alles über sich ergehen lassen. Mögen sie daraus lernen und sich jetzt noch alle der Organisation anschließen, dann wird noch manches in der Zukunft nachgeholt werden können, was bis heute verjährt wurde.

Wien. Die Arbeiterschaft im Kampf um bessere Lebensbedingungen, lautete das Thema, über welches Reichstagsabgeordneter Kollege Becker (Berlin) in sechs öffentlichen Versammlungen in Wien und in einigen größeren Orten der näheren Umgebung referierte. Die Versammlungen nahmen in Berg- und Stadbach ihren Anfang, in Kalk fand die letzte statt. Sie waren durchweg gut besucht und nahmen einen befriedigenden Verlauf. Der Redner behandelte in den einzelnen Versammlungen das Thema von den verschiedensten Gesichtspunkten aus. Die Leitgedanken waren dabei folgende: Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts hat sich in Deutschland auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete eine völlige Umwälzung vollzogen. Auf der einen Seite entwickelte sich aus den feingewerblichen Verhältnissen das Großgewerbe, die Industrie, der Kapitalismus, und in dessen Gefolge das Proletariat, der Lohnarbeiterstand. Diese Entwicklung wurde begünstigt durch die sogenannte Freihandelslehre. Auf der anderen Seite hatte man die Fesseln des alten Polizeistaates abgestreift und auch dem Volke politische Freiheiten gegeben. Nach den damaligen Anschauungen sei man überzeugt gewesen, daß durch diese wirtschaftliche und politische Freiheit jeder einzelne imstande sei, sich ein größtmögliches Maß von Glück auf Erden zu verschaffen. Gewiß habe man ungeahnte Fortschritte auf allen Gebieten des menschlichen Wissens und Könnens zu verzeichnen, aber das erträumte Glück sei doch noch nicht eingetroffen.

Redner zeichnete in packenden Ausführungen ein Bild von den Kämpfen, welche die Arbeiterschaft und ihre Vertreter auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete Jahrzehntlang führen mußten, um für die Arbeiter eine Besserung ihres Loses zu erreichen. Die Erringung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit, besserer Behandlung, die Einführung von Tarifverträgen, ja sogar die Anerkennung des Koalitionsrechtes sei meist erst nach langen, opferreichen Kämpfen möglich gewesen. Ebenso sei die Schaffung der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetze erst nach der Ueberwindung übergroßer Schwierigkeiten gelungen. Für die nächste Zukunft handele es sich noch um die Schaffung einiger großer Gesetzeswerke für die Arbeiterschaft, Arbeitskammern, Witwen- und Waisen-, Arbeitslosenversicherung, Erziehung und Erweiterung des Koalitionsrechtes usw. Aber die Ausnutzung der bestehenden und noch zu schaffenden Gesetze liegt wesentlich in den Händen der Arbeiter selbst. Auch weitere Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete lassen sich nur durch geschlossenes Vorgehen erzielen, zumal der Staat gar nicht imstande ist, Gesetze zur Regelung der Lohnfrage zu erlassen. Das ist Sache der Beteiligten, die sich nur regeln läßt durch beiderseitige starke Organisationen. Gegenüber den starken Unternehmerorganisationen kann nur durch ebenso starke Arbeiterorganisationen der Kampf um bessere Lebensbedingungen wirksam durchgeführt werden.

Die an den Vortrag sich anschließende Diskussion gestaltete sich meist sehr interessant, wobei sowohl des näheren auf die seitens der christlichen Gewerkschaften geführten Kämpfe wie auf ihre Erfolge, auf die augenblickliche Wirtschaftslage und ihre trüben Begleiterscheinungen, die Bevorzugung ausländischer Arbeiter vor den Deutschen u. a. m. hingewiesen wurde. Für Belebung und Entfaltung einer regen Winteragitation dürften die Versammlungen ihr Teil beigetragen haben.

Scherfede i. S. Auch in unserem ländlichen Ort hat seit einigen Jahren die Industrie ihren Einzug gehalten. Von der Metallindustrie sind hier besonders Schloßfabriken vertreten, die sich in den letzten Jahren fortwährend vergrößern und ihren Betrieb erweitern konnten. Vor allem sind es die niedrigen Löhne und ein raffiniert

ausgestelltes System in der Bezahlungsweise, die man den Arbeitern allerhand Ursachen zu Klagen geben, denn selber sind mit der modernen Industrie nicht auch gleichzeitig moderne Arbeits- und Wohnverhältnisse einbezogen. Auch die Kollegen selbst haben zum größten Teil nicht Schritt gehalten mit der modernen Zeit, denn die Organisation konnte bislang schwer Eingang finden.

Aber nun scheint es besser damit zu werden, die Kollegen sehen ein, daß gerade in ländlichen Bezirken die Arbeiter sehr viel mehr geknechtet und gebrückt wird, wie in den Städten, wenn nicht eine starke Organisation hinter ihnen steht und für ihre Menschenrechte arbeitet und kämpft. Die Arbeitgeber sorgen schon dafür, daß sich die Arbeiterschaft allezeit ihrer Abhängigkeit bewußt bleibt. Die Fabriken betreiben eine ausgedehnte Lehrlingszucht, gerade dadurch werden die Gesellen aufs schwerste in ihrem Fortkommen gehindert. In einer Werkstelle werden beispielsweise 7 Gesellen beschäftigt, dazu aber noch 12 Lehrlinge. Letztere verdienen im 1. Jahr 100 Mk., im 2. Jahr 200 Mk. und im 3. Jahr 300 Mk., wenn sie im Elternhaus beschäftigt werden; stellt der Arbeitgeber Kost und Logis, dann müssen die Lehrlinge 3/4 Jahr „Aerger“ und bekommen — nichts! Nun ist erstens zu bemerken, daß trotz der 3/4-jährigen Lehrzeit die Lehrlinge nachher vom Schlosserhandwerk nicht viel verstehen, denn das, was wirklich zu lernen ist, haben die Jungen schon im ersten halben Jahre wegen, dann arbeiten sie später nur für den betreffenden Arbeitgeber, der auf diese Weise billige und willige Arbeiter bekommt.

Zweitens haben es die übrigen Arbeiter aus letzterem Grunde äußerst schwer, sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, weil ebenfalls die „Lehrlinge“ gezwungen wären, ihren älteren Kollegen in den Städten zu fallen, denn wehe dem jungen Kollegen, der sich organisieren will! Drittens glauben manche Eltern, denen das spätere Fortkommen ihrer Söhne am Herzen liegt, dadurch, daß ihr Junge in einer solchen Bude Lehrling wird und das Schlosserhandwerk erlernen soll, gut für ihren Sprößling gesorgt zu haben. Gerade hier wird stark damit gerechnet, daß nach beendeter Lehrzeit die jungen Schlosser-Gesellen an der Eisenbahn unterkommen könnten, doch in neuerer Zeit behaukt sich die Eisenbahnverwaltung für einen derartigen „ausgebildeten“ Schlosser. Also es liegt im Interesse der Lehrlinge sowohl wie auch der Kollegen, daß auf diese Dinge hingewiesen wird, um die jungen Leute und deren Eltern einmal vor Enttäuschungen zu bewahren. Dann aber muß jeder ehrliche Freund des Handwerks eine bewusste Lehrlingszucht im Interesse des Handwerks selbst verurteilen. Darum muß die Deffentlichkeit auf diese Dinge aufmerksam gemacht werden.

Daß es den jungen Leuten gerade nicht zum Besten bei ihren „Lehrjahren“ geht, geht schon daraus hervor, daß schon vor Kurzem es vorgekommen sein soll, wo die angehenden Schlosser-Gesellen, „ohne Urlaub“ losgegangen sind! Die Eltern selbst müssen sich aber zunächst einmal Mann zu Mann organisieren, um Rückendeckung und Halt zu bekommen, damit sie in diese bedauerlichen Verhältnisse mit der Zeit Ordnung bringen können. Dazu bietet der christliche Metallarbeiter-Verband die Hand. Kollegen! Ergreifen wir die dargebotene Hilfe, treten wir Mann für Mann ein in den christlichen Metallarbeiter-Verband und auch hier wirds besser werden und vorwärts gehen.

Briefkasten der Redaktion.

Dichter in R. Die Verse sind zwar gut gemeint, aber in der Form so schlecht ausgefallen, daß wir im Interesse Deines „Genius“ von der Veröffentlichung absehen wollen — Kollege B. in D. Auf jeden Quark des Blättchens können wir nicht eingehen, es wäre schade um Zeit und Raum. — Kollege S. im Siegerland. Es zeugt vom gesunden Sinn derjenigen Mitglieder des Lokalverbandes, die dieses sonderbare Bündnis nicht gurheissen wollen. Ihnen dürft Ihr mit Recht sagen: Es tut mir in der Seele weh, daß ich, Dich in der Gesellschaft fehl!

Briefkasten der Verbandsleitung.

Kollege K. Wenden. Wenn ein Mitglied von der 60 Pfg.- in die 90 Pfg.-Klasse eintritt, erhält dasselbe nach einem Jahre die erhöhten Unterstufungen, bis dahin bezieht es die Unterstufungen, welche für die 60 Pfg.-Klasse vorgegeben sind. Nach zurückgelegtem Karenzjahr braucht das Mitglied bei Krankheit u. nicht bei der untersten Unterstufungsstufe von 6 Mark pro Woche anzufangen, sondern die ganzen feilberigten erworbenen Rechte werden in Anrechnung gebracht.

Sterbetafel.

Stollberg. Am 17. Oktober starb unser Kollege Gerhard Peters an Blinddarmentzündung im Alter von 25 1/2 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverwaltung Saarbrücken und Biedersdorf (Lothar)
Den Kollegen der Ortsverwaltung Saarbrücken, sowie den Ru- und Durchreisenden zur Kenntnis, daß die Geschäftsstelle von Turbacherstr. 4 nach Breitenstr. 11 in Walsdorf, in der Nähe der Kalkhütte, Saarbrückerstr. ab 1. November verlegt ist. Erreichbar: Dienstan, Mittwoch, Freitag und Samstag von 8 1/2 — 11 1/2 Uhr vormittags und von 2 — 4 Uhr nachmittags. Erweiterte Unterstufungen werden nur am Montag morgens ausbezahlt. Zutreffenden sind an Peter Häder, R. Turbacherstr. 13 zu richten. Telefon 1687, Amt St. Johann.

Unterrichtskurs für Herborn (Dilltal)

Unsern Verbandskollegen amtlicherseits wird in Dilltal zur Nachricht, daß im kommenden Winter alle 14 Tage Sonntag nachmittags 2 Uhr in Herborn, im kleinen Saal des Herrn H. A. A. S. S. S., Sitzungen des Unterrichtskurses stattfinden. Der Kursus beginnt Sonntag, den 8. November. Um rege Beteiligung ersucht Der Bezirksleiter.

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbetonter Gewerkschafter in keiner Versammlung fehlen.

Wohlt. Sonntag, den 17. November, morgens 11 1/2 Uhr bei Franz Juppig außerordentliche Mitglieder-Versammlung mit Vortrag für Feiler und Maschinenisten. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Bremen. Samstag, den 7. November, Versammlung.

Bromberg. Nächste Mitlieder-Versammlung Sonntag, den 16. November, nachm. pünktlich 2 Uhr im Lokal Des. Brinzenthal 4. Schloße mit Frauen. Die Kollegen werden ersucht, die Trägheit beiseite zu legen und vollständig zu erscheinen. Bitte auch unorganisierte Freunde mitzubringen.

Dinslaken. Am Sonntag, den 22. November, morgens 11 1/2 Uhr Versammlung bei Wwe. J. Kremhien.

Dortmund. Samstag, den 7. November, abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus. Referent Kollege Bergmann, Duisburg.

Dortmund-Varop. Sonntag, den 8. November, nachm. 5 Uhr Versammlung bei Klinkert.

Dortmund-Lünen. Sonntag, den 8. November, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Müllmann. Referent: Kollege Hirtfelder-Gien.

Dortmund-Lüdinghausen. Sonntag, den 8. November, nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Richter. Referent: Kollege Hirtfelder-Gien.

Duisburg I. Sonntag, den 8. November, morgens 11 Uhr Seitenstr. 19, Vortrag des Kollegen Bergmann über die Lohnfrage.

Duisburg-Meinhhausen. Sonntag, den 8. November, 11 Uhr bei Gind, Friemersheimerstraße. Da außerordentlich wichtige Punkte zu erledigen sind, ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

Düsseldorf. Die evangelischen Kollegen unseres Verbandes werden zu einer Besprechung am Montag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr im evangelischen Vereinshaus, Distr. 69, dringend eingeladen.

Eisenach. Nächste Versammlung am 14. November.

Essen. (Elektromonteur). Sonntag, den 8. November, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zur Stadt Eisenach“. Steelerstraße.

Essen. (Klempner). Sonntag, den 8. November, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.

Essen-Altenessen. Sonntag, den 8. November, abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Esser, Pammerstraße.

Essen-Berge-Vorbeck. Sonntag, den 8. November, nachmittags 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Wortmann, Vorbeck.

Essen-Suttrop. Sonntag, den 8. November, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Suttrop, Chaujeerstr.

Essen-Nordost. Sonntag, den 15. November, abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zum Eiseller“, Weußstraße.

Essen-Werden. Sonntag, den 8. November, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Kimmestamp, Ruhrstr.

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Am Freitag, den 18. November, sofort nach Feierabend, im Lokale bei G. Christ, Ebberstraße die monatliche Versammlung des Unterrichtskurses unter Leitung des Bezirksleiters Kollege Scherer, für sämtliche Betriebe des Stadtviertels, wo u. kein Kollege fehlen darf.

Selkenkirchen-Schalke. Sonntag, den 8. November vorm. 11 Uhr bei Wegener.

Hannover-Linden. Sonnabend, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr im Arbeitervereinshaus „Am Kaschall Nr. 8“, Agitation-Versammlung. Unorganisierte Kollegen mitbringen.

Herne. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden in Zukunft im christlichen Gewerkschaftshaus (Joh. Cleves) statt. Nächste Versammlung, Dienstag, den 10. November, abends 8 Uhr.

Hüsten. Sonntag, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, im Lokale Wwe. Hellmann, Bahnhofsstraße, Mitglieder-Versammlung. Unorganisierte sind einzufragen.

Karlsruhe. Sonnabend, den 14. November, abends 7 1/2 Uhr im Promenadenhaus, Kaiserallee 1: Versammlung mit Vortrag.

Langelshelm. Sonntag, den 15. November, abends 7 Uhr, Versammlung bei Winkemann. Vortrag eines auswärtigen Referenten.

Meißen. Neben 1. und 8. Sonnabend im Monat Mitglieder-Versammlung im katholischen Seellenhaus, Dirschbergstr. 7. (Nicht mehr im englischen Hof.) Nächste Versammlung, Sonnabend, den 7. November. Wichtige Beratungen! Keiner fehle.

Ortsverwaltung Rülheim a. d. Ruhr. Sonntag, den 8. November, bei Luder, Frohenteich.

Reide. Samstag, den 7. November, im Lokale Sommer, Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung, 9 Uhr Mitglieder-Versammlung. Referent: Gewerkschaftssekretär Herzog, Duisburg.

Offenbach. Mittwoch, den 11. November, abends punkt 9 Uhr Versammlung mit Vortrag in der „Stadt Frankfurt“, große Marktstr. 30. — Donnerstag, den 12. November, abends 7 1/2 Uhr Beginn des Unterrichtskurses im „Schulhaus“. Die Kollegen werden erucht, recht zahlreich an diesem Kursus teilzunehmen.

Über-Schöneheid. Am Sonnabend, den 7. November, 7 1/2 Uhr findet im Lokale des Herrn Joseph Alsch, Marktstraße unsere Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung äußerst wichtig.

Schweidnitz. Sonnabend, den 7. November 1908, abends 8 Uhr, im abschließend Vortrag des stellvertretenden Kollegen Sauer aus Schweidnitz.

Siegen. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Hagenstr. 10/1 Dabei werden von jetzt an die Erwerbstlosen-Redungen entgegen genommen und die Unterstufungen ausbezahlt. Ebenfalls findet hieselbst an jedem Freitag die Zeitungsausgabe statt.

Stettin. Nächste Versammlung Sonntag, den 8. November, nachmittags 4 Uhr bei Schulowstr. Tages-Ordnung: Vorstandswahl und Bericht über die Bezirkskonferenz.

Unterföhen. Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal „Hirsch“.

Wasseralfingen. Sonntag, den 8. November, vormittags 10 1/2 Uhr im Lamm Mitglieder-Versammlung. Referent: Kollege Hirtfelder.

Wiesburg. Sonntag, den 8. November, 11 Uhr vormittags Mit-Feder-Versammlung bei Herrn Otto Spatz. Wichtige Tages-Ordnung.